

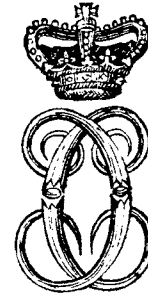
# Verordnungs-Sammlung

für die

Herzogl. Braunschweigischen Lande.

---

14<sup>ter</sup> S a h r g a n g 1827.



---

Braunschweig,

gedruckt in der Fürstl. Waisenhaus-Buchdruckerei.

## I.

## I n h a l t

d e r

in dem 14<sup>ten</sup> Jahrgange der Verordnungs-  
Sammlung

b e f i n d l i c h e n N u m m e r n .

- 
- I. (1.) Circular-Rescript an sämtliche Herzogl. Districtsgerichte, Stadtgerichte und Kreisämter, die Declaration des Nachlasses, Behuf der Stempelsteuer, betreffend. D. D. Braunschweig, den 25sten December 1826.
- (2.) Bekanntmachung, die unentgeltliche Lieferung des Jahrganges 1827 der hiesigen Verordnungs-Sammlung an die bisherigen Pränumeranten betreffend. D. D. Braunschweig, den 29sten December 1826.
- II. (3.) Serenissimi Privilegium für die Hinterbliebenen des Dichters und Geschichtschreibers Friedrich von Schiller, die von denselben beabsichtigte neue und vermehrte Ausgabe seiner sämtlichen Werke betreffend. D. D. Braunschweig, den 9ten Januar 1827.
- III. (4.) Verordnung, die mit dem Königl. Preussischen Gouvernement geschlossene Uebereinkunft wegen gegenseitiger Ergreifung wirksamer Maßregeln zur Verhütung der Forstfrevel in den Gränzwaldungen betr. D. D. Braunschweig, den 7ten Februar 1827.
- IV. (5.) Verordnung, die Steuer-Relutionscheine für zins- oder erbpachtpflichtige Grundstücke betreffend. D. D. Braunschweig, den 5ten März 1827.

- V. (6.) Serenissimi Patent, die Rechtsverbindlichkeit der von der für die hiesigen Lande bestandenen vormaligen Regier. Regierung erlassenen Verordnungen und gemachten Institutionen betreffend. D. D. Braunschweig, den 10ten Mai 1827.
- VI. (7.) Verordnung, die Eingangs-Abgaben von mehreren ausländischen Berg- und Hütten-Producten und Fabrikaten betreffend. D. D. Braunschweig, den 17ten Mai 1827.
- VII. (8.) Verordnung, die dem bisherigen Geheimen-Raths-Collegio beigelegte Benennung eines Staats-Ministerii betreffend. D. D. Braunschweig, den 31sten Mai 1827.
- VIII. (9.) Serenissimi Verordnung, die diesjährige Feier des Sieges bei Waterloo betreffend. D. D. Braunschweig, den 3ten Junius 1827.
- IX. (10.) Verordnung, die Declaration der Verordnung vom 26sten März 1823 über Theilung der Gemeinheiten, in Beziehung auf die Competenz der Kreisämter und Districtsgerichte betreffend. D. D. Braunschweig, den 7ten Junius 1827.
- X. (11.) Verordnung, die Bestimmung der Strafzeit bei Verwandlung erkannter Geldbußen in Gefängniß- oder Arbeitsstrafen betreffend. D. D. Braunschweig, den 18ten Junius 1827.
- (12.) Verordnung, die Verbindlichkeit proceßführender Parteien zur Antretung des Beweises durch Zeugen betr. D. D. Braunschweig, den 18ten Jun. 1827.
- (13.) Verordnung, eine Declaration des Circular-Rescript vom 17. April 1753 und der Verordnung vom 26. März 1823, die Wiesenhägung betreffend; über uneingeschränkte Anwendung der bestimmten Hägungszeit. D. D. Braunschweig, den 18ten Junius 1827.
- XI. (14.) Verordnung, eine Declaration der Verordnung vom 8ten December 1825, wegen Bestätigung der von Bauern eingegangenen Verträge betreffend. D. D. Braunschweig, den 22sten Junius 1827.
- XII. (15.) Verordnung, eine Declaration der über die Mor- tificirung der verlorenen, auf den Namen des Glau-

- bigers gestellten Schuldverschreibungen bestehenden gesetzlichen Bestimmungen betreffend. D. D. Braunschweig, den 24sten Junius 1827.
- XIII. (16.) Verordnung, die Sicherstellung des Publicums gegen Uebervortheilungen bei der Unterhandlung über an- oder auszuleihende Capitalien und bei der Vermittlung von Contracten über Immobilien, sowie gegen versteckten Zinswucher, und Bestimmungen über den Betrag der zu erhebenden Mäklergebühr betreffend. D. D. Braunschweig, den 19ten Juli 1827.
- XIV. (17.) Verordnung, die Strafe des Schand- und Strafpfahls, der Züchtigung und das Verhältniß der Karren- Zuchthaus- Zwangsarbeits- und Gefängnißstrafe, Behuf der Verwandlung der einen in die andere und in Beziehung auf die Zuständigkeit der Gerichte betreffend. D. D. Braunschweig, den 26sten Julius 1827.
- (18.) Herzogl. Staats-Ministerii Bekanntmachung, die provisorische Constituirung eines besondern Kreisamts zu Calvörde betreffend. D. D. Braunschweig, den 26sten Julius 1827.
- XV. (19.) Verordnung, die Anwendung der Competenz Bestimmungen auf die Widerklage betreffend. D. D. Braunschweig, den 9ten August 1827.
- (20.) Circular-Rescript an sämtliche Herzogl. Kreisämter, die jährliche Aufnahme genauer und ordnungsmäßiger Vieh-Register für den Zweck künftiger Gemeintheilungen betreffend. D. D. Braunschweig, den 28sten Julius 1827.
- XVI. (21.) Circular-Rescript, die Feststellung des fori continetiae causarum ex causarum identitate betreffend. D. D. Braunschweig, den 9ten Aug. 1827.
- XVII. (22.) Bekanntmachung des Herzogl. Staats-Ministerii, die diesjährige Feier des Sieges bei Leipzig betreffend. D. D. Braunschweig, den 24sten September 1827.
- XVIII. (23.) Verordnung, die Abwendung der Wildschäden und deren Vergütung betreffend. D. D. Braunschweig, den 16ten September 1827.
- IX. (24.) Circular-Rescript an sämtliche Herzogl. Districts-

gerichte, Stadtgerichte und Kreisämter, das bei Anlegung neuer Mühlen gesetzlich vorgeschriebene Provocations-Verfahren betreffend. D. D. Braunschweig, den 1sten October 1827.

XX. (25.) Verordnung, die mit der Königl. Preuß. Regierung wegen des Büchernachdrucks beschlossenen Strafbestimmungen betreffend. D. D. Braunschweig, den 15ten October 1827.

XXI. (26.) Verordnung, die Declaration, resp. Ergänzung des Accise-Tarifs vom 3ten Februar 1815 hinsichtlich der Accise für das nach den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel von auswärts eingeführte Mehl und Schroot und der Besteuerung des Spiritus vini betreffend. D. D. Braunschweig, den 2ten November 1827.

XXII. (27.) Verordnung, die Anmeldung und Eintragung der Fideicommissse betreffend. D. D. Braunschweig, den 12ten November 1827.

XXIII. (28.) Verordnung, die Bestrafung der gegen das in Ausübung seines Dienstes begriffene Polizei-Militair begangenen wörtlichen und thätlichen Beleidigungen betreffend. D. D. Braunschweig, den 19ten November 1827.

(29.) Verordnung, die Aufhebung der Verordnung vom 6ten April 1778 wegen Bezahlung der Concurskosten in der Stadt Braunschweig betreffend. D. D. Braunschweig, den 20sten November 1827.

(30.) Circular-Rescript an sämtliche Herzogl. Stadtgerichte und Kreisämter, die allgemeine Anwendung der im C. VI. §. 8. der Braunschweigischen Untergerichtsordnung enthaltenen Vorschrift auf alle Rechtsachen, deren Object 20 Rthlr. und weniger beträgt, betreffend. D. D. Braunschweig, den 24sten September 1827.

## II.

## Alphabetisches Verzeichniß

z u r

Verordnungs-Sammlung des Jahrs 1827.

Seite

Accise-Tarif vom 3ten Februar 1815, eine Declaration und resp. Ergänzung desselben hinsichtlich der Accise für das nach den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel von auswärts eingeführte Mehl und Schroot und der Besteuerung des Spiritus vini . . . . . 91 — 92

Arbeitsstrafen, die Bestimmung der Strafzeit bei Verwandlung erkannter Geldbußen in selbige 31 — 32

## B.

Bauern, Declaration der Verordnung vom 8ten December 1825 wegen Bestätigung der von denselben eingegangenen Verträge . . . 39 — 41

Berg-Producte und Fabricate, die Eingangs- Abgaben von mehreren ausländischen . . .	19 — 21
Beweisantrittung durch Zeugen, die Verbindlich- keit prozeßführender Parteien zu selbiger . .	33 — 34
Büchernachdruck, die mit der Königl. Preussischen Regierung wegen desselben beschlossenen Straf- bestimmungen . . . . .	89 — 90

## C.

Calvörde, die provisorische Constituirung eines be- sondern Kreisamts daselbst . . . . .	58
Commissionaire, Sicherstellung des Publicums ge- uebervortheilungen durch selbige . . . .	47 — 54
Competenz der Gerichte bei Zuerkennung von Zucht- oder Werkhaus- und Zwangsarbeitsstrafen . . . .	55 — 57
Competenz-Bestimmungen für die Gerichte der hiesigen Lande, Anwendung derselben auf die Widerklage . . . . .	59 — 60
Concurskosten, die Aufhebung der Verordnung vom 6ten April 1728 wegen Bezahlung derselben in der Stadt Braunschweig . . . . .	99 — 100
Continentia causarum ex earum identitate, Feststellung des fori derselben . . . .	63 — 64
Convention mit Preußen über die Bestrafung der Forstfrevel in den Gränzwaldungen . . . .	7 — 10
— über die Bestrafung des Büchernachdrucks . . . .	89 — 90

## D.

Declaration, die des Nachlasses Behuf der Stemp- elpsteuer . . . . .	1 — 2
— die der Verordnung vom 26. März 1823 über	

Theilung der Gemeinheiten in Beziehung auf die Competenz der Kreisämter und Districts- gerichte . . . . .	27 — 30
Declaration, die des Circular-Rescripts vom 17. Apr. 1753 und der Verordnung vom 26ten März 1823, die Wiesenhägung betreffend, über un- eingeschränkte Anwendung der bestimmten Hä- gungszeit . . . . .	35 — 37
— die der Verordnung vom 8ten December 1825 wegen Bestätigung der von Bauern eingegan- genen Verträge . . . . .	39 — 41
— die der über die Mortificirung von verlorenen, auf den Namen des Gläubigers gestellten Schuld- verschreibungen bestehenden gesetzlichen Bestim- mungen . . . . .	43 — 45
— resp. Ergänzung des Accisetarifs vom 3. Febr. 1815 für das nach den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel von auswärts eingeführte Mehl und Schroot und der Besteuerung des spiritus vini . . . .	91 — 92

## E.

Eingangsabgaben, die von mehreren ausländischen Berg- und Hütten-Producten und Fabricaten . . . .	19 — 21
Erbpachtpflichtige Grundstücke, die Steuer-Res- tutionscheine für dieselben . . . . .	11 — 14
Erbchafts- = Stempelsteuer, die Declaration des Nachlasses Behuf derselben . . . . .	1 — 2

## F.

Fideicommiss, die Anmeldung und Eintragung derselben . . . . .	93 — 95
---	---------

Forstfrevel in den Gränzwaldungen, die mit dem Königl. Preuß. Gouvernement geschlossene Uebereinkunft wegen gegenseitiger Ergreifung wirksamerer Mafregeln zu deren Verhütung	7 — 10
Forum continentiae causarum ex earum identitate, die Feststellung desselben . . .	63 — 64

## G.

Gefängnißstrafe, die Bestimmung der Strafzeit bei der Verwandlung erkannter Geldbußen in selbige . . . . .	31 — 32
Geheime-Raths-Collegium, bisheriges, die demselben beigelegte Benennung eines Herzogl. Staats-Ministerii . . . . .	23 — 24
Geldbußen, erkannte, die Bestimmung der Strafzeit bei deren Verwandlung in Gefängniß- oder Arbeitsstrafen . . . . .	31 — 32
Gemeinheitstheilung, die Declaration der dieselbe betreffende Verordnung vom 26. März 1823 in Beziehung auf die Competenz der Kreisämter und Districtsgerichte . . . . .	27 — 30
Gerichte, Bestimmung ihrer Competenz hinsichtlich der zu erkennenden Zuchthaus- oder Zwangsarbeitsstrafen . . . . .	55 — 57
Gerichtsstand des eigentlich sogenannten Zusammenhangs der Sache, Feststellung desselben . . . . .	63 — 64

## H.

Hängungszeit, bestimmte, Declaration des Circular-Rescripts vom 17ten April 1753 und der Ver-	
---	--

ordnung vom 26ten März 1823, die Wiesenhägung betreffend, über uneingeschränkte Anwendung derselben . . . . .	55 — 57
Hütten-Producte und Fabricate, die Eingangsgabgaben von mehreren ausländischen . . . .	19 — 21

## K.

Karrenstrafe, Bestimmung der kürzesten Dauer derselben . . . . .	57
--	----

## L.

Landwehr-Drägoner } f. Polizei-Militair. Landwehr-Jäger }	
Leipzig, die diesjährige Feier des dabei erfolgten Sieges . . . . .	65 — 66

## M.

Mäklergebühr, Bestimmungen über den Betrag der von den Geschäftsunterhändlern zu erhebenden . . . . .	47 — 54
Mandata cum clausula, deren Unzulässigkeit in Rechtsfachen von und unter 20 Rthlr., und die Präfigirung der statt derselben anzusetzenden Verhörstermine unter dem Präjudiz des Eingeständnisses der Klage . . . . .	101 — 102
Mehl und Schroot, die Accise für das nach den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel von auswärts eingeführte, f. Declaration.	
Meineid, Bestrafung desselben durch öffentliche Ausstellung . . . . .	56
Mortificirung von verlorenen, auf den Namen des Gläubigers gestellten Schuldverschrei-	

- bungen, Declaration der darüber bestehenden  
gesetzlichen Bestimmungen . . . . . 43 — 45
- Mühlen, neue, das bei Auflegung derselben gesetz-  
lich vorgeschriebene Provocationsverfahren . . 87 — 88

## N.

- Nachlaß, die Declaration desselben Behuf der Stems-  
peltsteuer . . . . . 1 — 2

## O.

- Obligationen, s. Schulverschreibungen.

## P.

- Preußen, Convention mit demselben wegen Bestraf-  
ung der Forstfrevel in den Gränzwaldungen . . 7 — 10
- Convention mit demselben wegen Bestrafung  
des Büchernachdrucks . . . . . 89 — 90
- Polizei-Militair, die Bestrafung der gegen das  
in Ausübung seines Dienstes begangenen Beleidigungen . . . . . 96 — 98
- Privilegium für die Hinterbliebenen des Dichters  
und Geschichtschreibers Friedrich von Schiller  
über die neue und vermehrte Ausgabe seiner  
Werke . . . . . 5 — 6
- Provision, Bestimmungen über den Betrag der  
den Geschäftsunterhändlern zukommenden . . 47 — 54

## R.

- Rechtssachen von und unter 20 Rthlr., Un-  
zulässigkeit der bedingten Mandate in sel-  
bigen . . . . . 101 — 102
- Relutionscheine, s. Steuer-Relutions-  
scheine.

## S.

- Schand- und Straßpfaß, die Strafe der öffent-  
lichen Ausstellung daran . . . . . 55 — 57
- von Schiller, Dichter und Geschichtschreiber, das  
den Hinterbliebenen desselben über die neue  
und vermehrte Ausgabe seiner Werke ertheilte  
Privilegium . . . . . 5 — 6
- Schroot, Accise davon, s. Mehl.
- Schuldverschreibungen, auf den Namen des Gläu-  
bigers gestellte, Declaration der über deren  
Mortification bestehenden Bestimmungen . . 43 — 45
- Spiritus vini, Ergänzung des Accisetarifs hin-  
sichtlich dessen Besteuerung . . . . . 91 — 92
- Staats-Ministerium, Herzogliches, Veränderung  
der Benennung des bisherigen Geh. Rathes  
Collegii in selbiges . . . . . 23 — 24
- Steuer-Relutionscheine, die für zins- oder erb-  
pachtpflichtige Grundstücke . . . . . 11 — 14
- Straßzeit, die Bestimmung derselben bei Verwands-  
lung erkannter Geldbußen in Gefängniß oder  
Arbeitsstrafen . . . . . 31 — 32

## U.

- Untergerichts-Ordnung, Braunschweigische, die  
allgemeine Anwendung der im C. VI. §. 8.  
derselben enthaltenen Vorschrift auf alle Rechts-  
sachen von und unter 20 Thalern . . . 101 — 102
- Unterhandlungen über an- oder auszuleihende Ca-  
pitalien und Abschließung von Contracten über  
Immobilitäten, Sicherstellung des Publicums  
gegen Uebervortheilungen bei denselben . . 47 — 54

## B.

Verordnungs-Sammlung, hiesige, die unentgeltliche Lieferung des Jahrgangs 1827 derselben an die bisherigen Pränumeranten . . . .	3
Verträge, Declaration der Verordnung vom 8ten December 1825 wegen Bestätigung der von Bauern eingegangenen . . . . .	39 — 41
Vieh-Register, die jährliche Aufnahme genauer und ordnungsmäßiger, für den Zweck künftiger Gemeinheitstheilungen . . . . .	61 — 62
Vormundschafftliche Regierung der hiesigen Lande, die Rechtsverbindlichkeit der von derselben erlassenen Verordnungen und gemachten Institutionen . . . . .	15 — 17

## W.

Waterloo, die diesjährige Feier des daselbst errungenen Sieges . . . . .	25 — 26
Werthausstrafe, s. Zuchthausstrafe.	
Widerklage, die Anwendung der Competenz-Bestimmungen auf dieselbe . . . . .	59 — 60
Wiesenhägung, Declaration des Circular-Rescripts vom 17ten April 1753 und der Verordnung vom 26sten März 1823, dieselbe betreffend . . . . .	35 — 37
Wildschäden, die Abwendung und Vergütung derselben . . . . .	67 — 86

## Z.

Zeugenerweis, die Verbindlichkeit prozessführender Parteien zu dessen Antretung . . . . .	33 — 34
---	---------

Zinspflichtige Grundstücke, Steuer-Reluctions-scheine für dieselben . . . . .	11 — 14
Zinswucher, versteckter, Sicherstellung des Publikums gegen denselben . . . . .	47 — 54
Zuchthausstrafe, Bestimmung der geringsten Dauer und der gerichtlichen Competenz in Ansehung derselben . . . . .	57
Züchtigung, körperliche, gänzliche Aufhebung derselben bei Erwachsenen . . . . .	56
Zusammenhang der Sachen, Feststellung des persönlichen Gerichtsstandes des eigentlich sogenannten . . . . .	65 — 64
Zwangarbeitsstrafe, Bestimmung der geringsten Dauer und der gerichtlichen Competenz in Ansehung derselben . . . . .	57



## Verordnungs-Sammlung.

№ 1. ✓

Braunschweig, den 9. Januar 1827.

*10 f. 10. 1826*

- (1.) Circular-Rescript an sämtliche Herzogl. Districtsgerichte, Stadtgerichte und Kreisämter. Die Declaration des Nachlasses, Behuf der Stempelsteuer, betreffend. D. D. Braunschweig, den 25ten December 1826.

Carl, Herzog etc.

Da die nach der Verordnung vom 29ten October 1821, die Stempelsteuer betreffend, §. 19, den Gerichten obliegende Verpflichtung, zu Ende eines jeden Vierteljahrs ein Verzeichniß der während desselben in ihrem Bezirke eingetretenen, der vorgedachten Steuer unterworfenen, Erbschaftsfälle an das Landes-Steuer-Collegium einzusenden, nach der veränderten Gerichtsverfassung in Folge des §. 4 Nro. 10 der Verordnung vom 26ten März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betreffend, auf die neu constituirten resp. Stadtgerichte und Kreisämter übergegangen ist und daher diese Stadtgerichte und Kreisämter allein, als Hülfbeamten des

Landessteuer-Collegii in Beziehung auf die Erbschafts-  
stempelsteuer anzusehen sind, so lassen Wir solches den  
sämmlichen Herzoglichen Districtsgerichten, Stadtgerich-  
ten und Kreisämtern, zu ihrer Nachricht und Nachachtung  
hiemit unverhalten und haben übrigens die Herzoglichen  
Districtsgerichte in allen denjenigen bei ihnen vorkom-  
menden Fällen, wo von der Entrichtung einer Erbschafts-  
steuer nach den Gesetzen die Rede seyn muß, die Her-  
zoglichen Stadtgerichte und resp. Kreisämter davon ex  
officio in Kenntniß zu setzen und denselben die zu deren  
Constatirung erforderlichen Acten mitzutheilen.

Braunschweig, den 25ten December 1826.

Auf Höchsten Special-Befehl.

v. Schleinitz.      v. Bülow.

- (2.) Bekanntmachung, die unentgeltliche Lieferung des  
Jahrganges 1827 der hiesigen Verordnungs-Samm-  
lung an die bisherigen Pränumeranten betreffend.  
D. D. Braunschweig, den 29sten December 1826.

Da aus denselben Gründen, welche die unentgeltliche  
Verabfolgung der Jahrgänge 1818, 1820, 1823 und  
1825 der hiesigen Verordnungs-Sammlung veranlaßt  
haben, auch der Jahrgang 1827, allen denjenigen, welche  
die bisherigen Jahrgänge dieser Sammlung gehalten und  
bezahlt haben, oder dieselben sich noch anschaffen, un-  
entgeltlich verabfolgt werden soll, dagegen aber die-  
jenigen, welche erst von dem künftigen Jahre an auf ge-  
dachte Sammlung pränumeriren, dafür den durch die  
Verordnung vom 5ten Januar 1814 festgesetzten Preis  
zu bezahlen gehalten bleiben sollen, und dieserhalb die  
erforderlichen Verfügungen getroffen worden sind, so wird  
solches hiedurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Braunschweig, den 29sten December 1826.

Herzoglich Braunschweig-Lüneburgisches Ge-  
heime-Raths-Collegium.

v. Schleinitz.      v. Bülow.

# Verordnungs-Sammlung.

N<sup>o</sup> 2. ✓

---

Braunschweig, den 19. Januar 1827.

---

- (3.) Serenissimi Privilegium für die Hinterbliebenen des Dichters und Geschichtschreibers Friedrich von Schiller, die von denselben beabsichtigte neue und vermehrte Ausgabe seiner sämtlichen Werke betreffend.  
D. D. Braunschweig, den 9ten Januar 1827.

**Wir** Carl, von Gottes Gnaden souverainer Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen,

daß Wir auf Ansuchen der Hinterbliebenen des Dichters und Geschichtschreibers Friedrich von Schiller und in Rücksicht auf dessen anerkannte Verdienste um die Deutsche Dichtkunst und Literatur Uns bewogen gefunden haben, denselben für die von ihnen beabsichtigte neue und vermehrte Ausgabe der sämtlichen Werke ihres verstorbenen Vaters auf zehn Jahre von der Zeit an gerechnet, wo die gedachte Ausgabe erscheinen wird, dergestalt ein ausschließliches Privilegium zu ertheilen, daß die be-

sagten Werke während des ebenbemerkten Zeitraums in Unfern Landen, weder im Ganzen, noch in einzelnen, mit besondern Titeln versehenen, Abtheilungen nachgedruckt und eben so wenig auswärtige Nachdrücke davon verkauft werden dürfen und derjenige, welcher diesem Verbote zuwider handelt, nicht nur mit einer Geldbuße von Fünfzig Thalern bestraft, sondern auch gegen denselben auf Confiscation aller Exemplare des unbefugten Nachdrucks zum Vortheile des rechtmäßigen Verlegers und auf Erstattung des Ladenpreises der Verlags-Ausgabe an Lesern für die bereits abgesetzte Anzahl Exemplare erkannt werden soll.

Alle Unsere Unterthanen, besonders die Buchdrucker und Buchhändler in Unfern Landen, haben sich nach Vorstehendem gebührend zu achten und sämtliche Behörden und Obrigkeiten darüber nachdrücklich zu halten, und bei vorfallenden Uebertretungen danach zu verfahren.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 9ten Januar 1827.

(L. S.) Auf Höchsten Special-Befehl.

v. Schleinitz.

v. Bülow.

# Verordnungs-Sammlung.

*No 3.  
Aufgehoben: 236 a. 1882. / 1830.2.*

Braunschweig, den 27. Februar 1827.

*d. J. n. 276. 1868 (1852), art. 4, i. f.*

(4.) Verordnung, die mit dem Königl. Preussischen Gouvernment geschlossene Uebereinkunft wegen gegenseitiger Ergreifung wirksamerer Maßregeln zur Verhütung der Forstfrevel in den Gränzwaldungen betreffend. D. D. Braunschweig, den 7ten Febr. 1827.

**Wir Carl**, von Gottes Gnaden souverainer Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.  
fügen hiemit zu wissen:

demnach mit dem Königl. Preussischen Gouvernment wegen gegenseitiger Ergreifung wirksamerer Maßregeln zur Verhütung der Forstfrevel in den Gränz-Waldungen eine Uebereinkunft geschlossen worden, welche wörtlich folgender Maßen lautet:

## Artikel 1.

Es verpflichtet sich sowohl die Herzogl. Braunschweigische, als Königl. Preussische Regierung, die Forstfrevel, welche ihre Unterthanen in den Waldungen des andern Gebiets verübt haben möchten, sobald die betreffenden Forstbedienten oder Beamten, welche darauf mit zu achten haben, davon Kenntniß erhalten, untersuchen und bestrafen zu lassen. Die Königl. Preussischen Gerichte werden in solchen Fällen die in Preußen geltenden Gesetze zum Grunde legen, und auch die Herzogl. Braunschweigische Re-

gierung macht sich anheischig, die Herzogl. Braunschweigischen Gerichte anzuweisen, in solchen Fällen, wo von Braunschweigischen Unterthanen in Forsten des Königl. Preussischen Territorii gefrevelt worden, nach den anseht bestehenden im Ganzen gelinden Königl. Preussischen Gesetzen zu erkennen. Sollte jedoch in Zukunft etwa eine Veränderung in der Gesetzgebung über die Forstfrevel in dem einen oder andern Lande getroffen werden, so wollen die beiderseitigen Regierungen sich auf solchen Fall ein anderweites Uebereinkommen vorbehalten.

### Artikel 2.

Von den beiderseitigen Behörden soll zur Entdeckung der Frevel alle mögliche Hülfe geleistet werden, und namentlich wird gestattet, daß die Spur der Frevel durch die Förster oder Waldwärter und das Polizei-Militair bis auf eine Stunde Entfernung von der Gränze verfolgt und Haussuchungen ohne vorherige Anfrage bei den obrigkeitlichen Behörden und Aemtern auf der Stelle, jedoch nur in Gegenwart und nach den Anordnungen des zu diesem Behufe mündlich zu requirirenden Bürgermeisters oder Ortsvorstehers, vorgenommen werden.

### Artikel 3.

Bei diesen Haussuchungen muß der Ortsvorsteher sogleich ein Protocoll aufnehmen und ein Exemplar dem requirirenden Angeber einhändigen, ein zweites Exemplar aber seiner vorgesetzten Behörde (Landrath oder Beamten) übersenden, bei Vermeidung einer Polizeistrafe von 1 bis 5 Thalern für denjenigen Ortsvorsteher, welcher der Requisition nicht Genüge leistet. Auch kann der Angeber verlangen, daß der Förster, oder in dessen Abwesen-

heit der Waldwärter des Orts, worin die Haussuchungen vorgenommen werden sollen, dabei zugezogen werde.

### Artikel 4. *anverschieden Straf Kap. 4. 27/6. 1866.*

Für die Constatirung eines Forstfrevels, welcher von einem Angehörigen des einen Staats in dem Gebiete des Andern verübt worden, soll den officialen Angaben und Abschätzungen des competenten Forst- und Polizei-Beamten des Orts des begangenen Frevels die volle gesetzliche, zur Verurtheilung des Beschuldigten hinreichende Beweiskraft von der zur Aburtheilung geeigneten Gerichtsstelle beigelegt werden, wenn dieser Beamte, der übrigens keinen Denuncianten-Antheil an den Straf geldern und keine Pfandgelder zu genießen hat, vor Gericht auf die wahrheitsmäßige, treue und gewissenhafte Angabe seiner Wahrnehmung und Kenntniß eidlich verpflichtet worden.

### Artikel 5.

Die Einziehung der Gerichtskosten und Pfandgebühren verbleibt demjenigen Staate, in welchem der verurtheilte Frevel wohnt. Die nach Preussischen Gesetzen zu erkennende Strafe und der Erfaß des tarmäßigen Werths des entwendeten Holzes fällt dem Waldeigenthümer anheim. In solchen Fällen, wo der Holzdieb nicht vermögend ist, die Geldstrafe ganz oder zum Theil zu erlegen, und wo Gefängnißstrafe eintritt, soll letztere niemals nach der Wahl des Waldeigenthümers in Forstarbeit verwandelt werden können.

### Artikel 6.

Den untersuchenden und bestrafenden Behörden in den Herzoglich Braunschweigischen und in den Königl. Preussischen Staaten wird zur Pflicht ge-

macht, die Untersuchung und Bestrafung der Forstfrevel in jedem einzelnen Falle so schnellig vorzunehmen, als es nach der Verfassung des Landes nur immer möglich sein wird.

### Artikel 7.

Gegenwärtige, im Namen Seiner Durchlaucht des Herzogs von Braunschweig und Seiner Majestät des Königs von Preußen zweimal gleichlautend ausfertigte Erklärung soll, nach erfolgter gegenseitiger Auswechselung Kraft und Wirksamkeit in den beiderseitigen Landen haben und öffentlich bekannt gemacht werden.

So geschehen Braunschweig, den 7ten Febr. 1827.

(L. S.)

Herzoglich Braunschweig-Lüneburgisches  
Geheime-Raths-Collegium.

v. Schleinitz. v. Bülow.

und dann diese Uebereinkunft von Uns in allen Puncten genehmigt ist, so wird der Inhalt derselben hiedurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht und deren genaueste Befolgung in allen vorkommenden Fällen den betreffenden Landesbehörden und Officianten, so wie einem Jeden, welchen es sonst angeht, hiedurch anbefohlen.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebedruckten Herzoglichen Geheimen-Ganzlei-Siegels.

Braunschweig, den 7ten Februar 1827.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

v. Schleinitz. v. Bülow.

## Verordnungs-Sammlung.

N<sup>o</sup> 4. Heinicke T. 485

Braunschweig, den 13. März 1827.

- (5.) Verordnung, die Steuer-Relutionscheine für Zins- oder erbpachtpflichtige Grundstücke betreffend. D. D. Braunschweig, den 5ten März 1827.

Wir Carl, von Gottes Gnaden souveräner Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.  
fügen hiemit zu wissen:

Die Verordnung vom 29sten October 1821, die Ausgleichung der öffentlichen Abgaben betreffend, sichert die Guts- und Zinsherren zwar gegen einseitige Verfügungen über die, für die ihnen pflichtigen Grundstücke ausgegebenen Steuer-Relutionscheine, nicht aber gegen einen Verlust an den ihnen gebührenden Leistungen, wenn der Pflichtige über die Zinsen des Relutions-Capitals anderweit verfügt haben, und jene zugleich mit den ihnen vorgehenden öffentlichen Abgaben abzuführen außer Stande sich befinden sollte. Um nun auch in dieser Hinsicht die Rechte der Guts- und Zinsherren vollständiger sicher zu stellen, auch von den Pflichtigen die Folgen der Unordnung abzuwenden, haben Wir zur Ergänzung der oben erwähnten Verordnung ferner zu verordnen nöthig erachtet und verordnen Folgendes:

### §. 1.

Ein jeder Guts- oder Zinsherr kann verlangen, daß der für ein, zu Zins, Erbenzins, Meierrecht oder Erb-

pacht ihm pflichtiges Grundstück auszufertigende Steuer-Relutionschein auf seinen Namen gestellt und ihm ausgehändigt werde, so bald er zeitig, nämlich vor der Ausfertigung solchen Scheins, bei dem Landes-Steuer-Collegium dazu durch die Nachweisung sich legitimiren wird, den Inhaber des pflichtigen Grundstücks mittelst eines Abfages an der schuldigen Leistung gleich dem Betrage der Zinsen des Relutions-Capitals, oder auf eine andere hinreichende Weise rechtsbeständig wegen der zu übernehmenden Abgaben gedeckt zu haben.

## §. 2.

Obwohl nun ein solches Abkommen in Regel der Privatvereinbarung zu überlassen ist, so soll doch dessen Förderung in nachbenannter Weise durch Einschreiten der Behörden Statt finden.

Ein jeder Zins-, Erbenzins- und Meierherr, auch Erbverpächter, welcher den für ein ihm pflichtiges exemt gewesenes Grundstück auszugebenden Steuer-Relutionschein auf seinen Namen gestellt und eingehändigt zu erhalten wünscht, hat sich solcherhalb binnen einer Präjudicialfrist von drei Monaten, vom Tage der Bekanntmachung dieser Verordnung an zu rechnen, bei dem Landes-Steuer-Collegium zu melden, und dabei das pflichtige Grundstück genau zu bezeichnen, dessen Inhaber unter Anführung der Brandversicherungs-Nummer seines Hofes oder Wohnhauses nahmhaft zu machen und die schuldige Leistung anzugeben. Findet besagtes Collegium, daß der Betrag dieser Leistung den der Zinsen des Relutions-Capitals erreicht oder übersteigt, denn bei einem geringeren Belaufe trifft die abzuwendende Gefahr nicht in der Maasse ein, so hat dasselbe den Grundbesitzer durch das betreffende Kreisamt davon in Kenntniß setzen zu lassen und zugleich eine angemessene Frist zu bestimmen, binnen welcher unter Mitwirkung des Kreisamts die

Uebereinkunft zwischen beiden Theilen getroffen werden muß, wenn der Steuer-Relutionschein auf des Guts- oder Zinsherrn Namen ausgestellt werden soll. Sobald nun dieser sich gegen den Grundbesitzer verpflichtet, bei in Geld bestehenden Leistungen davon den Betrag der Zinsen des Relutions-Capitals für immer absetzen und bei Natural-Leistungen bei deren gehörigen Abführung entweder jenen Zinsbetrag dagegen baar herauszahlen oder selbigen nach einer Berechnung nach den, am Fälligkeitstermine laufenden Preisen, welche bei Fruchtzinsen nach den hiesigen Anzeigen sich bestimmen, sich abziehen lassen zu wollen, so ist der Pflichtige einzustimmen gehalten und darüber gerichtszeitig ein Protokoll aufzunehmen, dessen Abschrift demnächst dem Landes-Steuer-Collegium einzuschicken ist. Andre bei solcher Verhandlung etwa zur Sprache kommende Modificationen bleiben zwar zur freiwilligen Vereinbarung der Interessenten verstellt, es ist jedoch auch darüber mit Aufnahme des Protokolls und dessen Einsendung wie vorbestimmt zu verfahren.

## §. 3.

Ist ein Grundstück zu Leistungen der erwähnten Art mehreren Guts- oder Zinsherren pflichtig, so bleibt es diesen überlassen, darüber sich zu vereinbaren, wer von ihnen dem Grundbesitzer wegen der Zinsen des Relutions-Capitals Sicherheit gewähren und damit das Recht erwerben soll, den Relutionschein sich ausfertigen zu lassen. Eine Theilung des Relutions-Capitals durch Ausfertigung mehrerer Scheine findet jedoch nur in so weit Statt, als dieselben mindestens Capitale von 25 Thalern zum Gegenstande behalten.

## §. 4.

Da die hier erwähnte Vereinbarung den Vortheil beider Theile und die Sicherung der Rechte eines Jeden bezweckt, so bedarf es dazu der Einwilligung der Theile.



herren und überhaupt derjenigen nicht, welche übrigens bei Veräußerungen und Veränderungen der hier in Frage stehenden Rechte und Verpflichtungen ihre Zustimmung zu geben haben würden, und soll besonders der §. 15 der Verordnung vom 26sten März 1823, die Theilung der Gemeinheiten betreffend, hier keine Anwendung finden. Es bleibt jedoch der, in die Stelle der dafür aufgegebenen gutherrlichen Gefälle tretende Relutionschein denselben Beschränkungen unterworfen, welchen nach §. 11 der Verordnung vom 29sten October 1821, die Ausgleichung der öffentlichen Abgaben betreffend, diejenigen unterliegen, die für Besitzungen mit beschränkter Dispositionsbefugniß ausgegeben werden.

## §. 5.

Wegen der Lehnstammgelder, welche Agnaten, und der Lehnzinsen, welche von einem im Pertinenzverbande mit einem andern Gute stehenden Lehne dem Vasallen gebühren, findet eine Ueberweisung der Steuer-Relutionscheine weder ganz noch zum Theile Statt, indem hier keine auf immer festgesetzte Leistung vorliegt.

## §. 6.

Auf Zehntgerechtsame jeder Art, so wie auf Herrendienstberechtigungen findet diese Verordnung keine Anwendung.

## §. 7.

Sämmtliche Landeseinwohner, das Landes-Steuer-Collegium und die übrigen Staatsbehörden haben sich hienach, so viel es einen Jeden betrifft, gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebruckten Herzogl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, am 5ten März 1827.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

v. Schleiniz. v. Bülow.

# Verordnungs-Sammlung.

№ 5. *ausgegeben* 18. Mai 1827.

Braunschweig, den 18. Mai 1827.

- (6.) Serenissimi Patent, die Rechts-Verbindlichkeit der von der für die hiesigen Lande bestandenen Vormundschastlichen Regierung erlassenen Verordnungen und gemachten Institutionen betreffend.

**Wir Carl**, von Gottes Gnaden souverainer Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

thun hiemit kund und zu wissen:

Demnach Wir bei Erlassung Unseres Patents vom 30sten October 1823 die Frage unberührt gelassen, in wiefern die Anordnungen, Vorschriften und Institutionen der für Unsere Lande bestandenen Vormundschastlichen Gewalt, als rechtsverbindlich für Uns und Unsere getreue Unterthanen von Uns anerkannt würden; gegenwärtig aber erhebliche Gründe vorhanden sind, diesen wichtigen Gegenstand zu ordnen, und es denn eben so wenig bezweifelt werden mag, daß die während Unserer Minderjährigkeit gefaßten Regierungsbeschlüsse und erlasse-

nen Verordnungen nur in sofern für Uns eine rechtliche Verbindlichkeit zu produciren vermögen, als nicht dadurch über wohlermorbene Regenten- und Eigenthums-Rechte disponirt worden; als daß Wir landesgrundgesetzlich und namentlich nach dem Successions-Vertrage der Herzöge Heinrich und Wilhelm von Braunschweig vom Jahre 1535, mit Unserm 18ten Lebensjahre Regierungsmündig geworden und kraft jenes Vertrags die Regierung Unserer Erblande überkommen, wodurch denn von selbst sich ergibt, daß alle Verordnungen und Institutionen, welche in dem Zeitraume vom 30sten October 1822 bis dahin 1823 gemacht und von der ungesetzmäßig verlängerten Regierung erlassen worden, zu ihrer bleibenden Rechtsgültigkeit und Anwendbarkeit Unserer speciellen Anerkennung bedürfen, so machen Wir in dieser Maße Unsern landesherrlichen und landesväterlichen Willen Unsern getreuen Unterthanen hiemit kund, und wenn Wir gleich befohlen haben und befehlen, daß alle und jede Verordnungen und Bestimmungen der für die hiesigen Lande bestandenen Vormundschaftlichen Regierung ohne Rücksicht auf die Zeitperiode, in welche ihre Erlassung fällt, provisorisch fernerweit in den hiezu geeigneten Fällen in Anwendung gebracht werden, so behalten Wir es Uns

doch ausdrücklich hiemit vor, nach sorgfältiger Prüfung und mit besonderer Berücksichtigung desjenigen, was das Wohl Unserer getreuen Unterthanen erheischen dürfte, über die Anwendbarkeit und Rechtsgültigkeit der von der bestandenen Vormundschaftlichen Regierung erlassenen Verordnungen und gemachten Institutionen die desfalls erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen zu treffen.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 10ten Mai 1827.

Carl, H.



v. Schleinitz.

# Verordnungs-Sammlung.

## N<sup>o</sup> 6.

---

Braunschweig, den 25. Mai 1827.

---

(7.) Verordnung, die Eingangs-Abgaben von mehreren ausländischen Berg- und Hütten-Producten und Fabrikaten betreffend. D. D. Braunschweig, den 17ten Mai 1827.

**Wir** Carl, von Gottes Gnaden souveräner Herzog zu Braunschweig und Lüneburg etc.

f ü g e n h i e m i t z u w i s s e n :

Da die in den benachbarten Staaten hinsichtlich der Eingangs-Abgaben von Berg- und Hütten-Producten bestehenden Anordnungen eine Abänderung und nähere Bestimmung der in dem Accise-Tarif vom 3ten Februar 1815 enthaltenen Abgabe-Sätze für verschiedene ausländische Berg- und Hütten-Waaren nothwendig machen, so verordnen Wir hiemit Folgendes:

### §. 1.

Vom 1sten Juli d. J. an soll die Eingangs-Abgabe für nachstehende im Auslande producirte oder fabricirte Gegenstände nach folgenden Sätzen erhoben werden:

## Vom Centner zu 110 U

- |   |            |
|---|------------|
| 1) vom geschmiedeten Eisen, Stab-<br>und Stangen-Eisen, Band-, Gitter-,<br>Knip-, Kraus-, Nagel-Eisen,<br>Reifen, Pflügen, Platten und<br>dergleichen . . . . .   | 6 8/10 4 2 |
| 2) von groben Gusswaaren, als Gamine,<br>Gewichte, Heerde, Defen-Platten,<br>Röhren, Töpfe, Walzen und<br>dergleichen . . . . .                                   | 11 = — =   |
| 3) vom schwarzen Eisenblech . . . . .   | 11 = — =   |
| 4) vom Eisendraht . . . . .   | 20 = — =   |
| 5) von Ketten, Beilen, Forken, Hacken,<br>Hufeisen, Ketten, Nägeln, Pfannen,<br>Sägen, Schaufeln, Sensen, Sicheln,<br>Spaden, Striegeln und dergleichen . . . . . | 20 = — =   |
| 6) vom Blei . . . . .   | 20 = — =   |
| 7) von Glätte . . . . .   | 20 = — =   |
| 8) vom Hagel . . . . .  | 22 = — =   |
| 9) vom Kupfer . . . . .   | 20 = — =   |
| 10) vom Schwefel . . . . .  | 20 = — =   |
| 11) vom grünen, blauen und weißen<br>Vitriol . . . . .  | 6 = 8 =    |
| 12) von kupfernen Kesseln . . . . .   | 22 = — =   |
| 13) von Kupfer-Blech . . . . .  | 22 = — =   |

## §. 2.

Für die übrigen, in dem vorstehenden §. nicht bemerkten ausländischen Berg- und Hütten-Producte und Fabricate bleiben die bisherigen Abgabe-Sätze unverändert.

## §. 3.

In Ansehung der auf Königl. Hannoverschen Hütten gewonnenen Producte und Fabricate hat es bei der dieserhalb bisher bestandenen gegenseitigen Abgaben-Freiheit sein Verwenden und finden also auf dieselben obige Sätze keine Anwendung.

## §. 4.

Eben so hat es auch bei der in Gemäßheit des Accise-Tarifs vom 3ten Februar 1815 und der Verordnung vom 30sten Januar 1821 von dem Schwedischen und allem übrigen außerhalb Deutschland producirtten Eisen zu erlegenden Eingangs-Abgaben von Zwei Thaler für den Centner ferner sein Verbleiben.

## §. 5.

Sämmtliche Steuer-Behörden und ein Jeder, den dieses betrifft, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 17ten Mai 1827.

(L. S.) Auf Höchsten Special-Befehl.  
v. Schleinig. v. Bülow. v. Münchhausen.

# Verordnungs-Sammlung.

N<sup>o</sup> 7.

---

Braunschweig, den 5. Juni 1827.

---

(8.) Verordnung, die dem bisherigen Geheimen-Raths-Collegio beigelegte Benennung eines Staats-Ministerii betreffend. D. D. Braunschweig, den 31. Mai 1827.

Carl, von Gottes Gnaden, souverainer Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

Da Wir Uns bewogen gefunden haben, Unserm bisherigen Geheimen-Raths-Collegio die Benennung eines Herzoglichen Staats-Ministerii beizulegen, so wird solches hiedurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht, und haben sich sowohl die sämtlichen Behörden als Unsere übrigen getreuen Unterthanen in den an Unser Staats-Ministerium gerichteten Eingaben hienach gebührend zu achten.

— 24 —

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebruckten  
Herzogl. Geheimen-Ganzlei-Siegels.

Braunschweig, den 31sten Mai 1827.



Auf höchsten Special-Befehl.

von Bülow.

von Münchhausen.

# Verordnungs-Sammlung.

N<sup>o</sup> 8.

---

Braunschweig, den 12. Juni 1827.

---

(9.) Serenissimi Verordnung, die diesjährige Feier des Sieges bei Waterloo betreffend. D. D. Braunschweig, den 3ten Juni 1827.

**Wir Carl**, von Gottes Gnaden souveräner Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

f ü g e n h i e m i t z u w i s s e n :

Zur Erneuerung des Andenkens an den von den verbündeten Heeren bei Waterloo erfochtenen glorreichen Sieg soll in den sämtlichen Kirchen Unserer Lande am 24sten Junius dieses Jahrs, als an dem auf den 18ten ejusdem zunächst folgenden Sonntage, ein feierliches Te Deum am Schlusse des vormittäglichen Gottesdienstes gesungen werden.

Die gesammte Geistlichkeit Unserer Lande hat daher hienach sich zu achten und vertrauen Wir zu derselben,

daß sie der früheren Vorschrift gemäß auch dieses Mal für die würdige und zweckmäßige Begehung dieser religiösen Siegesfeier Sorge tragen werde.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 3ten Juni 1827.



Auf höchsten Special-Befehl.

von Bülow.

von Münchhausen.



## Verordnungs-Sammlung.

Declaration 1832. 2. No 9. ✓

Braunschweig, den 15. Juni 1827.

- (10.) Verordnung, die Declaration der Verordnung vom 26sten März 1823 über Theilung der Gemeinheiten, in Beziehung auf die Competenz der Kreisämter und Districtsgerichte betreffend. D. D. Braunschweig, den 7ten Juni 1827.

**Wir** Carl, von Gottes Gnaden souveräner Herzog zu Braunschweig und Lüneburg etc.

f ü g e n h i e m i t z u w i s s e n :

Die Verordnung vom 26sten März 1823, wegen Theilung der Gemeinheiten, findet in ihrer Anwendung Schwierigkeiten, da die Bestimmung über die Competenz der Districtsgerichte und Kreisämter in der Verordnung von demselben Tage, die Einrichtung des Justizwesens betreffend, nicht ausdrücklich über die Mitwirkung der gerichtlichen Behörden bei solchen Theilungen verfügt. Um nun die Ungewißheit zu heben, welche aus der Verschiedenheit der über diesen Gegenstand obwaltenden Ansichten hervorgeht, wollen Wir die gedachten beiden Verordnungen ergänzen und declariren, wie folgt:

## §. 1.

Die bei Gemeinheitstheilungen vorkommenden gerichtlichen Handlungen gehören in der Regel vor die betreffenden Stadtgerichte und Kreisämter, welche als Localbehörden in dieser Hinsicht der Landes-Deconomie-Com-

mission zu Gehülfenbeamten dienen sollen, und tritt die Competenz der Districtsgerichte, wenn übrigens der Gegenstand seinem Werthe nach dahin gehört, nur insoweit ein, als bei Gelegenheit solcher Theilungen wirkliche Rechtsstreitigkeiten entstehen und richterliche Entscheidung erfordern.

## §. 2.

Die genannten Localbehörden haben daher

- 1) den Antrag auf Theilung oder Absonderung anzunehmen, die Verhältnisse der Provocanten zu dem Objecte auszumitteln und die Berichtigung des Legitimationspunkts, nach den allgemeinen darüber bestehenden Grundsätzen und den Bestimmungen der §§. 5 bis 7 der erwähnten Verordnung über Theilung der Gemeinheiten zu veranlassen, zugleich aber den Gegenstand der Theilung nach seiner Benennung, Lage, Größe und Eigenschaft genau bezeichnen zu lassen, auch dasjenige zu den Acten zu registriren, was zur nöthigen Aufklärung hierüber aus den in der Gerichts- oder Amts-Registratur befindlichen Nachrichten, den Lagerbüchern, Vermessungs-Beschreibungen, Catastern u. c. zu entnehmen, oder durch örtliche Besichtigung zu erfahren ist;
- 2) behuf Ausmittlung aller Theilhaber, unter Befolgung des §. 8. der angeführten Verordnung, das Erforderliche zu besorgen;
- 3) die verschiedenen Berechtigungen sämmtlicher Interessenten, nach Anleitung des §. 9. erwähneter Verordnung, festzustellen, und endlich
- 4) demnächst den Theilungsrecess auszuarbeiten und gerichtlich aufzunehmen.

## §. 3.

Entstehen bei diesen Verhandlungen Streitigkeiten unter den Interessenten über ihre Rechte an dem Gegen-

stande der Theilung, es sei nun, indem Einer dem Andern die angesprochene Theilnahme nicht zugesteht, Jemand wegen Zurückbleibens im angelegten Anmelbungs-terminen für ausgeschlossen angesehen werden soll, der Legitimationspunkt Widerspruch erregt, oder sonst; so hat zur Bewirkung der im §. 10 gedachter Verordnung erforderlichen Abkürzung des Verfahrens die Localbehörde die streitenden Theile über ihre gegenseitigen Anträge und Gründe vollständig zu Protokoll zu vernehmen und in Entstehung einer zu versuchenden gütlichen Vereinbarung die Sache bis zum Erkenntniß zu instruiren, sodann aber die über solchen Rechtsstreit besonders anzulegenden Acten an das Districtsgericht einzusenden, welches ohne Anstand das Urtheil abzugeben und, nachdem solches in Rechtskraft getreten ist, eine Ausfertigung desselben der Localbehörde zuzusenden hat. Wird die Sache durch Appellation an eine höhere Instanz gebracht, so ist auch hier der Gang des Processes möglichst abzukürzen, das letzte Urtheil aber immer in einer Ausfertigung direct an die Localbehörde zu schicken.

## §. 4.

Damit die Landes-Ökonomie-Commission, dem §. 10 der angezogenen Verordnung gemäß, ob und in wiefern das Theilungsgeschäft durch solche als Incidentpunkte zu betrachtende Rechtsstreitigkeiten aufzuhalten sei, ermessen und bestimmen könne, hat die Localbehörde derselben über den Gegenstand des Streits vollständigen Bericht und zwar so zeitig zu erstatten, daß jene Centralbehörde nach Befinden der Umstände bei dem vor Einsendung der Acten zum Rechtspruche anzustellenden Versuche der Güte mitzuwirken vermag.

## §. 5.

Streitigkeiten, welche sich auf die Anwendung der Gemeinheitstheilungsordnung, z. B. die Wahl des Thei-

lungsmaassstab, Würdigung der Abschätzungen und Gutachten u. dergl. beziehen, gehören überall nicht vor die richterliche Behörde und sind von der Landes-Deconomie-Commission zu entscheiden.

Sämmtliche Landeseingefessenen und Behörden haben sich hiernach, so viel Jedermann betrifft, gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beige druckten Herzogl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 7ten Juni 1827.



Auf höchsten Special-Befehl.

von Bülow.

von Münchhausen.

# Verordnungs-Sammlung.

№ 10.

Braunschweig, den 29. Juni 1827.

- (11.) Verordnung, die Bestimmung der Strafzeit bei Verwandlung erkannter Geldbußen in Gefängniß- oder Arbeitsstrafen betreffend. D. D. Braunschweig, den 18ten Juni 1827.

Carl, von Gottes Gnaden, souverainer Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

Da das Bedürfnis gefühlt worden ist, über die Bestimmung der Strafzeit bei Verwandlung erkannter Geldbußen in Gefängniß- oder Arbeitsstrafe durchgreifende Regeln festzustellen, und dann die verschiedenen, über die Zuständigkeit der Gerichtsbehörden erlassenen Verordnungen um so weniger geeignet sind, hierzu einen Maassstab darzubieten, als sie dabei nicht einmal ein gleiches Verhältniß zwischen Geldbußen und Gefängnißstrafen beobachtet, vielmehr die Competenz in Beziehung auf eine jede Classe dieser Strafäbel nach besonderen Rücksichten bestimmt haben (Verordnung vom 15ten Januar 1814. §. 2. № 3. verglichen mit daselbst §. 3. verb.: In Untersuchungsfachen &c., und mit Verordnung vom 26ten März 1823, das Justizwesen betreffend, §. 4. № 2.); der Betrag des Arbeitslohns aber noch weniger einen solchen Maassstab an die Hand zu geben vermag, als mit den Gefängnißstrafen nicht bloß eine Entbehrung des Erwerbs, sondern überdem körperliche Beschwerden verkun-

den sind; hingegen in der Verordnung vom 5ten Mai 1815. §. 23. eine angemessene Analogie begründet werden kann; so verordnen und erklären Wir, wie folget:

Sobald die Umstände erfordern, erkannte Geldbußen in Arbeits- oder Gefängnißstrafen zu verwandeln, so soll die Verordnung vom 5ten Mai 1815, das Verfahren in Forststraffachen betreffend, §. 22 und 23, durchgehends und nicht allein bei Forstwrogen befolgt und hiernach bei Verwandlung einer jeden, also auch für Polizeivergehen erkannten Geldstrafe

- 1) ein Tag, ohne damit verbundene Gefangenschaft abzuleistender Arbeit, z. B. beim Wegbau oder Forstcuturen, nach dem Betrage des Tagelohns angerechnet,
- 2) ein Tag Gefängniß zu zwölf, endlich
- 3) ein Tag in der Zwangsarbeitsanstalt in Wolfenbüttel, wo den Umständen nach eine solche Strafe substituiert werden kann, zu Sechszehn Gutegroschen, in Ansaß gebracht werden.

Sämmtliche Gerichtsbehörden und ein Jeder, welchen es betrifft, haben sich hienach gebührend zu achten. Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 18ten Juni 1827.



Auf höchsten Special-Befehl.

von Bülow.

von Münchhausen.

- (12.) Verordnung, die Verbindlichkeit prozeßführender Partheien zur Antretung des Beweises durch Zeugen betreffend. D. D. Braunschweig, den 18ten Juni 1827.

## Carl, von Gottes Gnaden, souverainer Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

Demnach die Disposition der Herzogl. Braunschweigischen Verordnung vom 13ten Mai 1757:

daß, wenn eine prozeßführende Parthei gegen ein Beweis-Erkenntniß Rechtsmittel zur Hand nehme, diese zwar zugelassen, jedoch, wenn der Beweis durch Zeugen zu führen sei, ferner nicht mehr vim suspensivam haben, vielmehr der Beweisführer nichts desto weniger verbunden sein solle, den Beweis binnen rechtsbehöriger Zeit, nämlich binnen vier Wochen, von Zeit der eröffneten Urtheile an und ohne das fatale decendii davon abzurechnen, anzutreten,

ihrem ursprünglichen Zwecke bei dem durch die neuere Legislation veränderten und beschleunigten Prozeßgange nicht nur nicht entspricht, vielmehr die Befolgung derselben durch das unzeitige Zurückfordern der Acten aus der höhern Instanz, Aufenthalt der Sache und andere Inconvenienzen herbeiführt und Wir denn beschlossen haben, die angezogene Verordnung für diesen Punkt gänzlich aufzuheben, so thun Wir solches hiemit und verordnen statt dessen: daß der in einem Erkenntniße vorgeschriebene Beweis, wenn auch derselbe durch Zeugen zu führen sein möchte, der Regel nach erst dann binnen der vorgeschriebenen Beweisfrist angetreten zu werden braucht, wenn die gegen das Beweis-Erkenntniß zur Hand genommenen Rechtsmittel erledigt und dasselbe die Rechtskraft beschritten.

Wie jedoch besondere und wichtige Gründe vorhanden sein können, welche die Beschleunigung des Zeugenverhörs erfordern, wohin denn außer andern diejenigen gehören, bei deren Vorhandensein schon Unsere Hofgerichts-Ordnung eine anticipirte Instruction der Zeugen-Beweis-Instanz gestattet, so bleibt es in solchen Fällen den Partheien unbenommen, noch während des Laufs der Rechtsmittel darum nachzusuchen und zu dem Ende Beweisartikel zu übergeben, worauf sodann das Gericht erster Instanz, bei welchem der Beweis anzutreten ist, nachdem die angeführten Gründe für erheblich befunden worden, bei demjenigen höhern Gerichte, bei dem sich gerade die Acten befinden, um deren einstweilige Remission nachzusuchen, dieses aber solche, sobald sie auf einige Zeit entbehrt werden können, verabsolgen zu lassen schuldig ist.

Sämmtliche Obrigkeiten und ein Jeder, den es betrifft, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebrachten Herzogl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 18ten Juni 1827.



Auf Höchsten Special-Befehl.

von Bülow.

von Münchhausen.

(13.) Verordnung, eine Declaration des Circular-Rescripts vom 17ten April 1753 und der Verordnung vom 26sten März 1823, die Wiesenhägung betreffend; über uneingeschränkte Anwendung der bestimmten Hägungszeit. D. D. Braunschweig, den 18ten Juni 1827.

Carl, von Gottes Gnaden, souverainer Herzog zu Braunschweig und Lüneburg ꝛ.

Da vielfältig, zumal seit der Verordnung vom 26sten März 1823, den Hägungstermin der einhäufigen Wiesen betreffend, darüber Zweifel erhoben worden sind, ob diese und das durch dieselbe ergänzte Circular-Rescript vom 17ten April 1753, wegen Hägung der zweihäufigen Wiesen, in der Maasse für verbietende Polizeigesetze betrachtet werden könnten, daß die darin festgesetzten Hägungszeiten ohne Ausnahme und auch in den Fällen zu beobachten wären, wo bisher darüber besondere Observanzen bestanden haben, und dann über diesen für die Landwirtschaft so wichtigen Gegenstand eine feststehende Ansicht der Gerichte sich noch nicht gebildet hat; so ist es dringend befunden, denselben nach der jener Gesetzgebung zum Grunde liegenden Absicht zu bestimmen.

Es ist dabei zu erwägen gewesen, daß die vor Erlassung des gedachten Circular-Rescripts eingezogenen Verfügungen der Behörden ergeben haben, wie damals die in der Landesordnung, Art. 56, über die Hägungszeit aufgestellte Regel noch immer nach dem alten Kalender berechnet worden ist, und man dennoch, „damit der Wiesenwachs befördert werde“, unbedenklich gefunden hat, solchen Termin für die Grummetwiesen auf neuen Walpurgis, mithin um 11 Tage zurückzusetzen; daß ferner in den damals eingeholten Gutachten die Meinung vor-

getragen ist, die Hägungszeit gebietend und, ohne Zulassung einer Ausnahme zu bestimmen, hierauf auch das Gesetz die Absicht ausspricht, „hierin eine Gleichheit beobachtet“ sehen zu wollen; daß ebenfalls in der erwähnten neuesten Verordnung die Beförderung der Wiesen-cultur als zwar angedeutet, die Berücksichtigung der Rechte der Weideinteressenten aber darauf beschränkt worden ist; daß der Hütungstermin für die einhauigen Wiesen nicht auch auf den 1sten Mai vorgerückt hat werden wollen, daß dagegen nicht angenommen werden kann, es werde der hier zwischen ein- und zweihauigen Wiesen gemachte Unterschied durch die willkürlich und wohl nur zufällig und vorübergehend eingetretene, einfache oder mehrfältige Abernndung begründet, vielmehr der Hütungstermin verschieden, nach der Classe bestimmt ist, in welche, nämlich ob zu den Grummet- oder Heumiesen, eine jede Wiese dem Rechte nach gehört; endlich, daß diese Abtheilung nach der Zeit beurtheilt werden muß, in welcher der fragliche Unterschied zuerst gesetzlich ausgesprochen sich finden, bei solcher Bestimmung die beiden Wiesenclassen jedoch deren Grenzen keineswegs auf immer und mit Ausschließung jeder, durch ausdrückliche oder stillschweigende Uebereinkunft sämtlicher Betheiligten begründeten Veränderung haben gezogen werden sollen, wie denn die Beobachtung der Hägungszeit ausdrücklich der Willkühr des Eigenthümers überlassen worden ist, wo keine Hütungsberechtigungen das Eigenthum beschränken. Hiernach declariren und verordnen Wir, wie folgt:

## §. 1.

Die im Circular-Rescripte vom 17ten April 1753 bestimmte Hägungszeit der zweihauigen Wiesen findet Anwendung auf alle, aber auch nur auf solche Wiesen, welche bereits zu solcher Zeit zweischürig oder Grummet-

wiesen gewesen, oder aber seitdem aus der Classe der einschürigen in die der zweihauigen Wiesen übergegangen sind, es sei dieses nun durch einen Vertrag sämtlicher Interessenten, oder dadurch geschehen, daß die Wiese rechtsverjährende Zeit hindurch als zweischürig behandelt und vom 1sten Mai an gehägt worden ist.

## §. 2.

Die in der Verordnung vom 26ten März 1823 bestimmte Hägungszeit für einschürige Wiesen tritt in allen übrigen Fällen und also bei allen den Wiesen in Anwendung, welche nicht nach der im vorhergehenden Paragraphen enthaltenen Bezeichnung in die Classe der zweihauigen gehören.

Sämmtliche Obrigkeiten und ein Jeder, welchen es betrifft, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 18ten Juni 1827.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Bülow.

von Münchhausen.

## Verordnungs-Sammlung.

✓ N<sup>o</sup> 11.

Braunschweig, den 29. Juni 1827.

*Aufgehoben durch N<sup>o</sup> 22 v. 1850, § 13.*

(14.) Verordnung, eine Declaration der Verordnung vom 8ten December 1825, wegen Bestätigung der von Bauern eingegangenen Verträge betreffend. D. D. Braunschweig, den 22sten Juni 1827.

Carl, von Gottes Gnaden, souverainer Herzog zu Braunschweig und Lüneburg rc.

Demnach gegen den Inhalt Unserer Verordnung vom 8ten December 1825 die erforderliche Bestätigung der von Bauern eingegangenen Verträge betreffend, Zweifel erhoben worden, ob bei Anwendung derselben nur die persönliche Eigenschaft des Contrahenten als Bauer in Betracht komme, oder aber ob dieselbe auf alle und jede Contracte über bäuerische Grundstücke und deren Gerechtsame, ohne Rücksicht auf die Person und deren Qualität, anzuwenden sei; imgleichen, ob die Brinksiger und Anbauer unter die Cathégorie solcher Landleute mit zu rechnen, so daß auch in Betreff ihrer Besitzungen die Confirmation der darüber geschlossenen Contracte für noth-

wendig zu achten sei, endlich aber, ob außergerichtlich abgeschlossene Verträge über bäuerische Grundstücke für den Zweck einer künftigen Bestätigung, Gegenstand eines Rechtsstreites sein könnten; und es dann erforderlich ist, daß dem eigentlichen Sinne der Verordnung gemäß von den Gerichten der hiesigen Lande nach gleichen Grundsätzen verfahren werde, als finden Wir Uns bewogen, hiedurch zu erklären und anzuordnen:

## §. 1.

Bei allen und jeden Contracten über bäuerische Grundstücke und deren Gerechtsame ist, ohne alle Rücksicht auf die Person des Contrahenten und deren Qualität, die gerichtliche Bestätigung des Contractes zur rechtlichen Wirkung desselben und zur Begründung eines Klage-Antrages erforderlich, und sind in dieser Beziehung als Grundstücke gedachter Art alle diejenigen ländlichen Privatbesitzungen anzusehen, welche weder zu den inmatriculirten Rittergütern, noch auch zu den gleichfalls verfassungsmäßig ausgezeichneten Freisassengütern gehören.

## §. 2.

Die obige Bestimmung, so wie die frühern in Unserer Verordnung vom 8ten December 1825 enthaltenen Dispositionen, sind auch auf die Brinksitzer und Anbauer und deren Grundstücke zu beziehen.

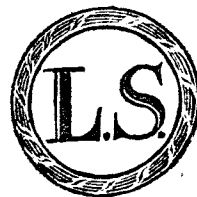
## §. 3.

Außergerichtlich abgeschlossene Verträge über bäuerische Grundstücke, so wie der rechtliche Beweis über das Vorhandensein derselben, für den Zweck einer künftigen Cognition und gerichtlichen Bestätigung, können unter keinen Umständen den Gegenstand eines Rechtsverfahrens bilden.

Sämmtliche Gerichte Unserer Lande und alle diejenigen, welche es betrifft, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebruckten Herzogl. Geheimen=Canzlei=Siegels.

Braunschweig, den 22sten Juni 1827.



Auf Höchsten Special-Befehl.

von Bülow.

von Münchhausen.



## Verordnungs-Sammlung.

No 12. ✓

Braunschweig, den 3. Juli 1827.

- (15.) Verordnung, eine Declaration der über die Mortificirung von verlorenen, auf den Namen des Gläubigers gestellten Schuldverschreibungen bestehenden gesetzlichen Bestimmungen betreffend. D. D. Braunschweig, den 24ten Juni 1827.

Carl, von Gottes Gnaden, souverainer Herzog zu Braunschweig und Lüneburg 2c.

Obwohl über die Mortificirung der auf den Namen des Gläubigers gestellten, verloren gegangenen Schuldverschreibungen gesetzliche Bestimmungen theils erlassen, theils aus einer gleichförmigen Ansicht der Gerichte hervorgegangen sind, und es dieserhalb nur erforderlich erschienen hat, wegen Anwendung der solchergestalt bestehenden Rechtsgrundsätze auf die erst in der neueren Zeit gebräuchlich gewordenen Verschreibungen auf den Inhaber eine Verordnung zu erlassen, so hat sich doch ergeben, daß in Beziehung auf die zuerst erwähnte Art der Schuldverschreibungen von einzelnen Gerichten abweichende

Grundsätze angenommen werden, und es also nöthig sei, die gehörige Gleichförmigkeit durch eine Verordnung zu bewirken; zu diesem Ende verordnen und declariren Wir, wie folgt:

### §. 1.

Die unter dem 6ten Januar 1818 über die Mortificirung der auf den Inhaber ausgestellten Schuldverschreibungen erlassene Verordnung enthält, neben einigen ausschließlich auf die Art der Verschreibungen anwendbaren Vorschriften, nur die gemeinrechtlichen Grundsätze über die Mortificirung der Schuldverschreibungen überhaupt und bietet also die natürlichste und sicherste Analogie dar; daher dieselbe auch in Beziehung auf die Schuldverschreibungen, welche einem benannten Gläubiger ausgestellt sind, in allen hier nicht ausdrücklich bestimmten Punkten ihre Anwendung finden soll.

### §. 2.

Neben dem ordentlichen Gerichtsstande des Schuldners, wie solchen der §. 2. erwähneter Verordnung bestimmt, findet eine gleiche Zuständigkeit in Hinsicht auf den Gerichtsstand des geschlossenen Contracts Statt.

### §. 3.

Die im §. 6. gedachter Verordnung bestimmte zweijährige Frist der Edictalladung wird hier auf einen Zeit-

raum von mindestens drei und höchstens sechs Monaten beschränkt, und die nähere Bestimmung dem richterlichen Ermessen, nach den durch das vorhergegangene Verfahren ausgemittelten Umständen, überlassen.

Die Gerichte des Herzogthums haben hiernach zu verfahren und Alle, die es betrifft, sich zu richten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Geheimen-Sanzlei-Siegels.

Braunschweig, den 24ten Juni 1827.



Auf Höchsten Special-Befehl.

von Bülow.

von Münchhausen.

# Verordnungs-Sammlung.

Declaration: **N<sup>o</sup> 13.**

1827.

Braunschweig, den 31. Juli 1827.

*Handg. Advocatenmontag (17. 7.) d. 19. 5. 50, 5. 10. 2. Notariatsbesuch (17. 18.) d. 19. 3.*  
(16.) Verordnung, die Sicherstellung des Publikums gegen

Uebervortheilungen bei der Unterhandlung über an- oder auszuleihende Capitalien und bei der Vermittlung von Contracten über Immobilien, so wie gegen versteckten Zinswucher, und Bestimmungen über den Betrag der zu erhebenden Mäklergebühr betreffend.  
D. D. Braunschweig, den 19ten Juli 1827.

*Wegen der ganzmündigen Minderjährigen, welche XII. 1827*  
*Verordnungsbesuch (17. 7.) d. 19. 3.*  
**Wir Carl, von Gottes Gnaden souveräner Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.**

f ü g e n h i e m i t z u w i s s e n :

Demnach es nothwendig geschienen, bei der Unterhandlung über an- oder auszuleihende Capitalien, so wie bei der Vermittlung von Contracten über Immobilien das Publikum gegen Uebervortheilung, insbesondere auch dagegen thunlichst sicher zu stellen, daß dasselbe nicht durch den Mangel an Geschäftskennntniß der handelnden Mittelspersonen in Schaden und Kosten versetzt werde, imgleichen wegen der zu erhebenden Mäklergebühr (Provision) allgemein verpflichtende Bestimmungen zu erlassen, und

endlich auch dem seit einiger Zeit überhand genommenen Unwesen zu steuern, daß gewissenlose Capitalisten bei dem Ausleihen von Capitalien oder bei der Prolongation von Wechseln und andern Schuldverbriefungen unter dem Namen von Provisionen Gelder von ihren Schuldnern erheben und dadurch versteckten Zinswucher treiben, als verordnen Wir hiemit Folgendes:

## §. 1.

Die Nachweisung und Unterhandlung wegen an- und auszuleihender Capitalien und die Vermittelung des Kaufs und Verkaufs von Grundstücken gegen Mäklergebühr oder Provision steht ausschließlich den Advokaten und Notarien, ferner den in der Stadt Braunschweig bestellten Geld- und Wechselmählern resp. und so viel den Kauf und Verkauf von Grundstücken betrifft, den Maarenmählern und endlich denjenigen Commissionairen zu, welche gegenwärtig bereits mit Gewerbescheinen versehen sind.

## §. 2.

Jeder Andere, welcher sich der Nachweisung von Capitalien und der Unterhandlung bei dem An- und Verkauf von Grundstücken gegen Annahme von Gebühren oder einer sonstigen Vergeltung unterzieht, verfällt, neben der Verpflichtung zur Wiedererstattung des Empfangenen, in eine Geldstrafe von 20  $\text{fl}$ , welche im Wiederholungsfalle verdoppelt, bei fernern Contraventionen aber, den Umständen nach, mit Gefängnißstrafe verbunden werden soll.

## §. 3.

So viel die Gebühren für die Besorgung der fraglichen Geschäfte anlangt und zwar

- 1) wegen der Besorgung für An- und Ausleihung von Capitalien, so wie wegen Vermittelung des Verkaufs von Grundstücken in der Stadt Braunschweig, so bleibt es rücksichtlich der Geld- und Wechsel-, wie auch Maarenmäkler in genannter Stadt und des durch dieselben vermittelten Geldumsatzes, auch Verkaufs von Grundstücken, bei den Bestimmungen der Mäklervordnung vom 16. October 1787. Die Notarien, Advocaten und Commissionaire aber sind in der Vorsetzung, daß durch ihre Vermittelung ein Geldgeschäft zwischen Verleiher und Leiher wirklich zum Abschlusse gekommen ist, und ohne daß ihnen die Befugniß zustehe, sich, außer der ihnen zugebilligten Belohnung, für außergerichtliche Bemühung, Correspondenz u. noch etwas zu bedingen und zahlen zu lassen, berechtigt, als Provision oder Mäklergebühr zu nehmen und zu erheben:

- a. wenn das Capital die Summe von 200  $\text{fl}$  nicht übersteigt, 1 Procent,
- b. wenn das Capital auf mehr als 200  $\text{fl}$  sich beläuft, von 200  $\text{fl}$  1 Procent und wegen des die Summe von 200  $\text{fl}$  überschießenden Betrages  $\frac{1}{2}$  Procent.

2) Wegen des Kaufs oder Verkaufs von Grundstücken sind die im §. 1. genannten Personen, gleichfalls in der Voraussetzung, daß das Kaufgeschäft wirklich zum Abschlusse gekommen ist und ohne daß für außergerichtliche Bemühungen, Correspondenz &c. noch etwas bedungen werden darf, berechtigt, für ihre Mühe- und Kosten als Provision zu erheben:

- a. wenn das Kaufgeld für das angekaufte Grundstück nicht die Summe von 1000  $\mathfrak{R}$  übersteigt,  $\frac{1}{2}$  Procent,
- b. wenn das Kaufgeld über 1000  $\mathfrak{R}$  beträgt, von 1000  $\mathfrak{R}$   $\frac{1}{2}$  Procent, von dem überschießenden Capitalbetrage aber  $\frac{1}{4}$  Procent.

#### §. 4.

Die vorbemerkten Provisionen dürfen nur einmal genommen und erhoben werden, und bleibt zunächst es der Vereinbarung der Contrahenten überlassen, wer von ihnen die gesetzliche Provision übernehmen und berichtigen soll. Ist aber eine solche Vereinbarung nicht vorhanden, so hat bei Geldgeschäften derjenige die Zahlung zu leisten, welcher dem Negotianten den Auftrag ertheilt hat, wogegen bei Kaufcontracten über Immobilien die Gebühr jedem Theile zur Hälfte zur Last fällt.

#### §. 5.

Jede Ueberschreitung der festgesetzten Taxe von Seiten der zu diesen Geschäften berechtigten Personen, mit

Ausnahme der Geld- und Wechselmäkler, rüchsiglich deren es bei der Bestimmung der Mäklervorordnung verbleibt, soll zum ersten Male mit dem Verluste der ordnungsmäßigen Gebühren und mit zehnfacher Restitution des zu viel Erhobenen bestraft, die Hälfte dieses Strafbetrages dem Denuncianten zuerkannt, auch dessen Namen auf Verlangen, und wenn solches die Umstände gestatten, veröffentlichten Blätter zur allgemeinen Kenntniß gebracht werden. Die Wiederholung einer solchen Contravention aber soll, außer dem Verluste der gesetzlichen Gebühr und der zehnfachen Restitution des zu viel Erhobenen, noch damit bestraft werden, daß den Commissionairen sofort der Gewerbeschein und den Advocaten und Notarien die Befugniß zum Betriebe von dergleichen Commissionsgeschäften entzogen wird, dabei es sich jedoch von selbst versteht, daß, wenn bei der Contravention erschwerende Umstände sich ergeben, namentlich ein gespielter Betrug, um das erste Vergehen zu verdecken und dergleichen, sodann der Contravenient, außer der zu erlegenden Geldstrafe, dem Befinden der Umstände nach, noch mit einer bedeutend härtern Strafe belegt werde.

#### §. 6.

Jeder Darleiher eines Capitals, welcher bei Ausleihung desselben sich unter dem Namen von Provision oder auf andere Weise, z. B. durch Berechnung des Course

der verschiedenen Münzsorten und Staatspapiere, auch anderer Effecten, in erheblichem Widerspruche mit dem gangbaren Course, oder auch auf irgend eine andere Art eine Vergütung ausbedingt und solche von dem Capitale in Abzug bringt, oder dieselbe überhaupt annimmt; imgleichen jeder Capitalist, welcher bei Prolongation eines Wechsels oder bei jeder andern Erneuerung des Darlehnsvertrages dergleichen Vortheile sich stipulirt, dergestalt, daß die bedungenen Vortheile entweder für sich allein oder mit Hinzurechnung der in der Schuldburkunde stipulirten Zinsen das gesetzliche Maaß der Zinsen überschreiten, begeht das Verbrechen des unerlaubten Zinswuchers und soll nach Vorschrift der gemeinen Rechte verfolgt und bestraft, von dem zu confiscirenden Theile des Capitals aber dem Denuncianten die Hälfte zugebilligt, auch dessen Name, wenn derselbe es verlangt und die Umstände solches gestatten, verschwiegen und das Straferkenntniß jedesmal durch die hiesigen öffentlichen Blätter bekannt gemacht werden.

## §. 7.

Keinem Gläubiger soll erlaubt seyn, über das gesetzliche Zinsmaaß hinaus einem Dritten irgend einen Vortheil, als Regocegebühr oder unter einem sonstigen Namen, zusichern zu lassen; so wie es denn gleichmäßig denjenigen Personen, welche befugt sind, für Dritte gegen die Gebühr Anlehne zu besorgen, verboten seyn soll, Regocegebühren zu erheben, wenn dieselben ihnen selbst zu-

gehörige Capitalien ausleihen. In dem einen, wie in dem andern Falle macht sich der dawider Handelnde, wenn dem Anleiher mehr als das gesetzlich zulässige Zinsquantum für das Jahr abgenommen worden, des Verbrechens des Zinswuchers schuldig, und soll gegen selbigen nach Vorschrift der in dieser Verordnung enthaltenen Bestimmungen verfahren werden.

## §. 8.

Die Districtsgerichte, Stadtgerichte und Kreisämter werden hiedurch angewiesen, bei der Aufnahme von Schuldverschreibungen und Kaufcontracten und hinsichtlich der Schuldverschreibungen, welche außergerichtlich aufgenommen sind, bei der zur Eintragung in die Hypothekenbücher geschehenen Anmeldung nachzufragen, ob die Contrahenten bei der Unterhandlung sich eines Dritten bedient? und welche Gebühr sie diesem oder was sie außerdem, als worüber der Contract lautet, dem Gläubiger bezahlt oder versprochen haben? imgleichen ob ihnen die in dem Darlehnsvertrage enthaltene Summe voll bezahlt, oder ob und welcher Theil davon ihnen gekürzt sey? Auch werden alle und jede Polizei-Behörden hiedurch beauftragt, die ihnen bekannt gewordenen Conventtionen dieser Art zum Zwecke der Untersuchung sofort den Gerichten anzuzeigen.

## §. 9.

Vergehen derjenigen Personen, welche das Geschäft unterhandelt und mehr als die gesetzliche Gebühr genommen ha-

ben, so wie derjenigen, welche zu dergleichen Geschäften gegen Vergütung nicht befugt sind, nichts desto weniger aber sich Negocegebühren haben zahlen lassen, sind als Ueberschreitungen polizeilicher Anordnungen, wenn die Strafe mehr als 5  $\mathcal{R}$  beträgt, ohne Rücksicht auf den Betrag der zu erkennenden Strafe, von den Districtsgerichten zu untersuchen und zu bestrafen; wogegen aber, wenn das Verbrechen des unerlaubten Zinswuchers vorliegt, es bei der allgemein gesetzlichen Vorschrift rücksichtlich der Kompetenzbestimmung sein Verblieben hat.

Die gerichtlichen und polizeilichen Behörden Unserer Lande und ein Jeder, welchen es betrifft, haben sich hienach auf das Genaueste zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebruckten Herzogl. Geheimen=Canzlei=Siegels.

Braunschweig, den 19ten Juli 1827.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Bülow.

von Münchhausen.

### B e r i c h t i g u n g .

In dem 6ten Stücke der Verordnungs-Sammlung vom Jahre 1827 ist Seite 20, Zeile 9 v. u. der Ansat der Eingangsabgabe vom Blei dahin zu berichtigen, daß selbiger nicht 20  $\mathcal{R}$ , sondern 22  $\mathcal{R}$  beträgt.

Aus Herzogl. Geheimen=Canzlei.

## Verordnungs-Sammlung.

N<sup>o</sup> 14. ✓

Braunschweig, den 3. August 1827.

- (17.) Verordnung, die Strafe des Schand- und Strafpfahls, der Züchtigung und das Verhältniß der Karren-, Zuchthaus-, Zwangsarbeits- und Gefängnißstrafe, behuf der Verwandlung der einen in die andere, und in Beziehung auf die Zuständigkeit der Gerichte betreffend. D. D. Braunschweig, den 26ten Juli 1827.

Carl, von Gottes Gnaden, souverainer Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

Die Bestimmung der Kompetenz der Gerichte nach der Dauer der Strafzeit und unter alleiniger Beziehung auf Gefängnißstrafe hat zu mehrfachen Zweifeln Veranlassung gegeben, indem es ungewiß befunden ist, in wiefern dieser Maassstab auf Karren-, Zuchthaus- und Zwangsarbeits-Strafen angewendet werden könne, wie sich die Zuständigkeit der richterlichen Behörden, bei Verurtheilung zum Schand- und zum Strafpfahl ordne, endlich wie eine zu erkennende Züchtigung in solcher Hinsicht anzurechnen sei.

Da sich nun zugleich die Ansicht über das Verhältniß der Strafe der öffentlichen Ausstellung zu ändern durch allgemeinere Verbreitung des Ehrgefühls verändert haben, man dieselbe, die nach älteren Gesetzen zur Bestrafung geringer Diebereien dienen soll, später als eine solche be-

trachtet hat, welche durch erschwerte Vergehen verurtheilt wird (§. Landesverordnung Art. 55. und Verordnung vom 27sten August 1772, verglichen mit Forststrafdirectorium vom 5ten Mai 1815. §. 170.), und der zwischen Schand- und Straßpfahl bestehende Unterschied für den großen Haufen verloren geht; da ferner eine Züchtigung für erwachsene Personen, wie denn dergleichen auch aus dem Militair-E Straf-Coder verbannt worden, nicht mehr zeitgemäß und zweckmäßig erscheint; endlich die Strafen des Zuchthaus und der Zwangsarbeit zu Wolfenbüttel, wie bereits für die Karrenstrafe vorgeschrieben sich findet, nur auf einen angemessenen Zeitraum zu verhängen sind, und also hienach die bestehenden Straf- und Competenz-Gesetze in Uebereinstimmung zu bringen und zu erklären und zu modificiren sind, so declariren und verordnen Wir, wie folgt:

## §. 1.

Die Strafe der öffentlichen Ausstellung soll von nun an allein bei Bestrafung des Meineides statt finden, und wird sodann die Natur einer Ausstellung am Schandpfahl annehmen.

In allen übrigen Fällen, wo nach der bisherigen Gesetzgebung auf dergleichen zu erkennen gewesen wäre, hat der Richter eine andere angemessene körperliche Strafe, als verlängerte Gefängniß- oder Arbeitsstrafe, oder Erschwerung derselben durch Beföstigung mit Wasser und Brot, an die Stelle der verordneten Ausstellung zu setzen.

## §. 2.

Körperliche Züchtigung soll bei erwachsenen Personen gänzlich hinwegfallen, und in dem Straf-Erkenntniß auf andere Weise, wie im vorgehenden §. bestimmt worden, ersetzt werden. Was hingegen die Disciplinar-Züchtigungen der Kinder betrifft, so hat es bei der solcherhalb bestehenden Observanz und Gesetzgebung sein Verbleiben.

## §. 3.

Gleichwie eine Karrenstrafe nicht unter zwei Jahre erkannt werden darf und bei einer mindern Verschuldung nur auf Werkhaus- oder Zwangsarbeit zu sprechen ist, so soll auch eine der letztgedachten Strafen nicht auf kürzere, wie mindestens zwei wöchentliche Dauer verhängt werden können.

## §. 4.

Die Competenz der Gerichte erster Instanz bestimmt sich hiernach von selbst dahin, daß dieselben überall nicht auf Zuchthaus und Zwangsarbeit in der Anstalt zu Wolfenbüttel zu erkennen befugt sein sollen.

Es steht jedoch denselben zu, die Gefängnißstrafe durch eine auf Wasser und Brot gesetzte Beföstigung, den Umständen nach, zu schärfen.

Sämmtliche Gerichte und Behörden, welche es betrifft, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 26sten Juli 1827.



von Bülow.

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Münchhausen.



- (18.) Herzogl. Staats-Ministerii Bekanntmachung, die provisorische Constituirung eines besondern Kreisamts zu Calvörde betreffend. D. D. Braunschweig, den 26sten Juli 1827.

Demnach das vormalß für sich bestandene und bisher, zufolge der Verordnung vom 9ten Juni 1825, zu dem Kreisamte Borsfelde gehörig gewesene Amt Calvörde, vom 1sten des nächstkünftigen Monats August an, wiederum provisorisch zu einem besondern Kreis-Amte constituiert worden, so wird solches zur Nachricht und Nachachtung für alle betreffenden hiesigen Landes-Behörden und Unterthanen hiedurch öffentlich bekannt gemacht.

Urkundlich des hierunter gedruckten Herzoglichen Geheimen-Canzlei-Siegels und beigefügter Unterschrift.

Braunschweig, den 26sten Juli 1827.

(L. S.)

Herzogl. Braunschweig-Lüneburgisches  
Staats-Ministerium.

von Bülow.

von Münchhausen.

# Verordnungs-Sammlung.

N<sup>o</sup> 15.

Braunschweig, den 17. August 1827.

- (19.) Verordnung, die Anwendung der Competenz-Bestimmungen auf die Widerklage betreffend. D. D. Braunschweig, den 9ten August 1827.

Carl, von Gottes Gnaden, souverainer Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

Demnach es bei der Competenz-Bestimmung für die Gerichte der hiesigen Lande zweifelhaft geblieben, ob die Stadtgerichte und Kreisämter befugt seien, in den bei ihnen angebrachten Widerklagen neben der Entscheidung in der zu ihrer Competenz gehörigen Vorlage ebenfalls zu erkennen, wenn auch das Object der Widerklage den Betrag von 20 § überschreitet, und denn bei den verschiedenen Ansichten der Gerichte rücksichtlich dieses Gegenstandes ungleich verfahren worden; es nun aber nothwendig erscheint, dieserhalb durch gesetzliche Bestimmung eine Gleichförmigkeit eintreten zu lassen, als declariren und verordnen Wir hiemit Folgendes:

§. 1.

Die Stadtgerichte und Kreisämter sind nicht befugt, über die bei ihnen angebrachten Widerklagen zu erkennen, wenn der Gegenstand derselben den Betrag von 20 § überschreitet.

§. 2.

Ist die bei dem Stadtgerichte oder dem Kreisamte

erhobene Widerklage von der Art, daß zwischen dem Gegenstande derselben und dem Gegenstande der Vorklage keine Verbindung Statt findet, mithin eine Trennung beider Klage-Objecte unbedenklich erscheint, so hat das betreffende Stadtgericht oder Kreisamt jedesmal den Widerkläger zur besondern Rechtsausführung an das competente Districtsgericht zu verweisen.

## §. 3.

Steht dagegen das Object der Widerklage mit dem Objecte der Vorklage in solcher Verbindung, daß in letzterer nicht sogleich zu erkennen ist, ohne zugleich über den Gegenstand der Widerklage mit zu erkennen, so hat das Stadtgericht oder Kreisamt die Sache bis zum Erkenntnisse zu instruiren, sodann aber die Acten dem Districtsgerichte einzusenden, zur Abgabe eines Erkenntnisses sowohl in der Vorklage als Widerklage.

Sämmtliche Gerichts-Beörden und die es angeht, haben sich hiernach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebrachten Herzogl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 9ten August 1827.



von Bülow.

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Münchhausen.

- (20.) Circular-Rescript an sämmtliche Herzogl. Kreisämter, die jährliche Aufnahme genauer und ordnungsmäßiger Vieh-Register für den Zweck künftiger Gemeintheilungen betreffend. D. D. Braunschweig, den 28sten Juli 1827.

## Carl, Herzog zc.

Da beschloffen worden ist, daß für den Zweck künftiger Gemeintheilungen in jeder Gemeinde alljährlich genaue und ordnungsmäßige Vieh-Register aufgenommen werden sollen, so wird wegen der Aufnahme und Aufbeahrung derselben hiemit Folgendes bestimmt:

- 1) Bei Repartition des fixi der Contribution vom Viehe hat, als Folge der von dem Kreisamte zu ertheilenden Anweisung, der Ortsvorsteher, mit Zuziehung des Amtsgeschwornen, ein genaues Verzeichniß von sämmtlichen Viehgattungen, welche jeder Einwohner in der Gemeinde hält, aufzunehmen, derselbe mag nun zur Contribution beitragen oder nicht, und ist auch die Anzahl der Schafe nach der darüber zuletzt aufgenommenen Schaffschaz-Beschreibung darin mit zu bemerken.
- 2) Das zu verfertigende Verzeichniß muß alles Vieh enthalten, gleichviel, ob dasselbe im Stalle gefüttert wird oder nicht; jedoch ist in einer Bemerkung bei jedem Wirthe anzugeben, welche Vieharten und welche Stückzahl fortwährend im Stalle gefüttert werden.
- 3) Das Verzeichniß ist in duplo auszufertigen und, mit Hinzufügung des Jahres, Monats und Tages der Aufnahme desselben, von dem Ortsvorsteher und Amtsgeschwornen zu unterschreiben.
- 4) Beide Exemplare des Verzeichnisses sind binnen acht Tagen nach dessen Aufnahme dem Kreisamte vorzulegen und von demselben, nach gehörig bemerkter

Präsentation, zu unterschreiben, worauf denn das eine dem Ortsvorsteher zurückzugeben, das andere aber in die Amts-Registratur verwahrlich niederzulegen ist.

- 5) Bei eintretender Vermuthung, daß die Verzeichnisse unrichtige Angaben enthalten möchten, hat das Kreisamt eine Berichtigung derselben etwa durch Nachzählung des Viehbestandes durch den Amtsvoigt zu besorgen.
- 6) Das Verzeichniß ist nach folgenden Rubriken einzurichten:

- 1) Pferde,
- 2) Füllen,
- 3) Rindvieh über 3 Jahre,
- 4) Rindvieh unter 3 Jahre,
- 5) Schafe,
- 6) Lämmer,
- 7) Schweine,
- 8) Ferkeln,
- 9) Zuchtgänse,
- 10) Ziegen.

- 7) Die Aufnahme dieses Verzeichnisses fällt hinweg, sobald eine Gemeinde mit ihren Nachbarn und unter sich, hinsichtlich ihrer ganzen Feldmark, wie auch der etwa auf den benachbarten Landesfürstlichen oder Privatforsten und andern Grundstücken zuständigen Hütung, vollständig auseinandergesetzt, getheilt und abgefunden ist.

Sämmtliche Herzogl. Kreisämter haben nach vorstehenden Bestimmungen die erforderlichen Verfügungen und Anweisungen zu erlassen und sich selbst genau zu achten.

Braunschweig, den 28sten Juli 1827.

Auf Höchsten Special-Befehl.  
von Bülow.                      von Münchhausen.

# Verordnungs-Sammlung.

N<sup>o</sup> 16. ✓

Braunschweig, den 31. August 1827.

- (21.) Circular-Rescript, die Feststellung des *fori continentiae causarum ex causarum identitate* betreffend. D. D. Braunschweig, den 9ten August 1827.

Carl, Herzog u.

Demnach es bisher zweifelhaft erschienen, wie, in Uebereinstimmung mit der neuen Gerichtsverfassung in den hiesigen Landen, der persönliche Gerichtsstand des eigentlich sogenannten Zusammenhangs der Sache (*forum continentiae causarum ex causarum identitate*) herzustellen sein möchte, und es dann für diesen Gegenstand einer Bestimmung bedarf: als autorisiren Wir Unser Herzogl. Landesgericht, in denjenigen Fällen, in welchen mehrere, unter verschiedenen Districts-Gerichten domiciliirte Beklagte, vermöge eines und desselben Klaggrundes in Anspruch zu nehmen sind, von denjenigen Districts-Ge-

richten, unter welchen die mehreren Beklagten wohnhaft sind, dasjenige jedesmal zu bestimmen, vor welchem dieselben in einem und demselben Prozesse, Recht zu geben und zu nehmen schuldig.

Braunschweig, den 9ten August 1827.

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Bülow.

von Münchhausen.

## Verordnungs-Sammlung.

No 17.

Braunschweig, den 5. October 1827.

(22.) Bekanntmachung des Herzoglichen Staats-Ministerii,  
die diesjährige Feier des Sieges bei Leipzig betref-  
fend. D. D. Braunschweig, den 24sten September  
1827.

Da Wir bei der bevorstehenden Wiederkehr des Sie-  
gestages der Schlacht bei Leipzig, des 18ten Octo-  
bers d. J., die Erneuerung der religiösen Erinnerung  
an jenen wichtigen und folgenreichen Tag und der Ge-  
fühle des Danks gegen die göttliche Vorsehung für die  
dadurch dem gemeinsamen deutschen Vaterlande wieder  
gewonnene Freiheit und Unabhängigkeit für angemessen  
erachten; so soll, zu diesem Zwecke, auch im gegenwär-  
tigen Jahre, an dem auf den 18ten October folgenden  
Sonntage, dem 21sten desselben Monats, in sämtli-  
chen Kirchen der hiesigen Lande, nach Beendigung des  
vormittägigen Gottesdienstes, ein feierliches Te Deum  
abgesungen werden. Sämmtliche Prediger haben sich

also hienach zu achten und zugleich in ihren an jenem Sonntage zu haltenden Vorträgen die Aufmerksamkeit ihrer Zuhörer auf die Bedeutung und den Zweck dieser religiösen Feier von Neuem hinzuleiten.

Braunschweig, den 24sten September 1827.

Herzogl. Braunschweig : Lüneburgisches  
Staats : Ministerium.

von Bülow.

von Münchhausen.

## Verordnungs-Sammlung.

N<sup>o</sup> 18.

Braunschweig, den 5. October 1827.

(23.) Verordnung, die Abwendung der Wildschäden und deren Vergütung betreffend. D. D. Braunschweig, den 16ten September 1827.

Carl, von Gottes Gnaden, souverainer Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

Obwohl es in den Verhältnissen des Jagdrechts liegt, daß nicht ein jeder Wildschaden einen Anspruch gegen den Jagdherrn begründen kann, vielmehr ein solcher nur in dem Falle zulässig erscheint, wo die Anzahl des Wildes die Grenzen eines mäßigen Wildstandes überschreitet, und daher verfassungsmäßig der durch den letztern den, in der Nähe und innerhalb der Wildbahnen belegenen Grundstücken zugefügte Schaden den zufälligen und vom Eigenthümer zu übertragenden Beschädigungen beigezählt wird; als weshalb bei Veranlagung der Contribution, nach den darüber erlassenen Instructionen, der gewöhnliche Wildschaden bei der Classification der Ländereien berücksichtigt und in Anschlag gebracht worden ist; und dann die Erfahrung ergeben hat, daß selbst bei einem mäßigen Wildstande und unter sorgfältiger Beobachtung aller, zu Verhütung der Wildschäden erlassenen Vorschriften, sogar bedeutende Beschädigungen dieser Art nicht zu verhindern

stehen, wo Grundstücke vermöge ihrer Lage dem Austritte des Wildes vorzüglich ausgesetzt sind, oder die Verbindung hiesiger Forsten mit den Jagdgehegen der Nachbarstaaten es unthunlich macht, den Wildstand zu jeder Zeit dergestalt zu beschränken, daß nicht seine plötzliche Vermehrung ohne einige Mitwirkung des Jagdherrn zu Zeiten eintreten könnte: so finden Wir Uns dennoch veranlaßt, die bereits getroffenen Maßregeln zur Abwendung der Wildschäden und die gesetzlichen Bestimmungen über deren Vergütung zu ergänzen.

Wir gehen dabei von dem Grundsatz aus, daß einerseits das Recht des Jagdherrn, gleich jedem andern Privatrechte, des gesetzlichen Schutzes theilhaftig werden muß und dessen, zur Sicherung der Früchte erforderliche Beschränkung in den Grenzen zu halten ist, welche diesen Zweck mit der Erhaltung jenes Rechts soviel möglich vereinigen lassen: und daß anderer Seits der Eigenthümer der dem Wildfraße ausgesetzten Grundstücke, soweit dieser als zufälliger Schaden oder Folge eines fremden Rechts zu betrachten ist, zu dessen Abwendung mitzuwirken die Verpflichtung hat; eine Vergütung der Wildschäden endlich aber nur gefordert werden kann, wo der Jagdherr seiner Obliegenheit nicht genügt, der Eigenthümer der Früchte hingegen dieselben erfüllt hat; und hoffen die billigen Forderungen Unserer den Feldbau treibenden Unterthanen zugleich mit dem Rechte der Jagdherren so viel als thunlich zu berücksichtigen, indem Wir verordnen, wie folgt.

### Erster Abschnitt.

Bestimmungen über eine fortwährende Ermäßigung des Wildstandes.

#### §. 1.

Der Wildstand kommt nur allein in Ansehung des Rothwildes in Betracht, da das Schwarzwild überall

nicht gehegt werden soll und darf, Rehe aber und das übrige kleinere Wild, wegen der Geringfügigkeit des durch solche den Feldfrüchten erwachsenden Schadens, keine Rücksicht verdienen.

#### §. 2.

Der Wildstand ist für übermäßig nicht zu halten, wenn er in einem, nach der Lage und dem Zusammenhange der Forsten, durch Unsere Herzogl. Cammer, etwa nach den Oberförstereien zu bestimmenden Jagdreviere im Durchschnitt die Zahl von fünf Stück auf tausend Waldmorgen nicht übersteigt; jedoch können von dieser Normalzahl Abweichungen nachgelassen werden, wenn die örtlichen Verhältnisse eines solchen Reviers einen größern Bestand rechtfertigen oder eine Verminderung erforderlich machen. Unsere Herzogl. Cammer hat auf genaue Untersuchung solcher Verhältnisse, über dergleichen Abweichung von der Regel und zwar, sofern es Unsere Landesfürstl. Jagdreviere betrifft, nach vorgängiger Berichterstattung und Unserer Genehmigung, die Bestimmungen zu erlassen; zu welchem Ende von demjenigen Theile, welcher solche Abweichung in Anspruch nimmt, die Nachweisung der aus der Vertheilung entnommenen Gründe gewärtiget wird.

#### §. 3.

Nach dem hier gegebenen Maaße ist von Unserer Herzogl. Cammer, sofern solches nicht bereits geschehen sein sollte, für Unsere Forsten und Jagdreviere ein Normalbestand des Rothwildes zu bestimmen und alljährlich diejenige Zahl festzusetzen, welche während jeder Jagdzeit in einem jeden Jagdreviere geschossen werden soll; wobei die erfahrungsmäßige Vermehrung des Wildes zu berücksichtigen ist, so daß der Bestand möglichst innerhalb der aus den, im vorigen §. aufgestellten, Grundsätzen sich ergebenden Stückzahl gehalten wird.



## §. 4.

Zu diesem Ende soll jährlich im Frühjahr eine Zählung des Rothwildes in den einzelnen Revieren durch die Herzoglichen Forstbediente vorgenommen, das Resultat derselben vor dem ersten Mai Unserer Herzoglichen Cammer einberichtet und, um von der Genauigkeit der Wildzählung versichert zu sein, von dem Revierforstbedienten unter den Zählungslisten mit der Unterschrift die Erklärung beigefügt werden,

daß die Zählung nach seinen besten Kräften und mit Anwendung aller, ihm zu Gebote stehenden, Mittel möglichst genau geschehen sei, bezeuge er auf seinen geleisteten Dienst.

## §. 5.

Nach Ablauf einer jeden Schießzeit haben die Oberforstbediente der Herzoglichen Cammer berichtend anzuzeigen, in welcher Maaße den Befehlen über den Beschlußetat (§. 3.) nachgekommen ist, und darf dabei das Fallwild der geschossenen Stückzahl, um den Etat zu erfüllen, nicht beigezählt werden. Es bleibt jedoch den Forstbedienten unbenommen, wenn besondere Umstände die Zahl des Fallwildes ungewöhnlich vermehrt haben sollten, bei Unserer Herzoglichen Cammer eine angemessene Herabsetzung des Beschußetats in Antrag zu bringen.

## §. 6.

Das Resultat der vorgenommenen Wildzählung, der Beschußetat und die in nächstvorhergegangener Schießzeit geschossene Stückzahl ist durch die hiesigen Anzeigen zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

## §. 7.

Derjenige Forstbediente, welcher bei der Zählung des Wildes betrüglich zu Werke gehen, oder wissentlich ein falsches Resultat derselben angeben würde, soll auf vorgängige Untersuchung durch das zuständige Gericht zum

erstenmale mit einer Gefängnißstrafe von zwei bis 6 Monaten belegt, im Wiederholungsfalle aber seines Dienstes entsetzt werden.

Eine bei dieser Gelegenheit begangene grobe Fahrlässigkeit, wodurch die Angabe eines falschen Bestandes bewirkt worden ist, soll auf gleiche Weise mit einer willkürlichen bis zu vierzehntägigem Gefängniß zu steigenden Strafe geahndet werden.

## §. 8.

Die nach dem §. 3 zu bestimmende Stückzahl des in der nächsten Schießzeit zu erlegenden Rothwildes ist als die Minderzahl zu betrachten, und kann, nach den Umständen, von Unserer Herzogl. Cammer noch während der einzelnen Schießzeiten erhöht werden.

## §. 9.

Zur Beförderung Unserer bei dieser Verordnung gehegten landesväterlichen Absicht sind die Revierforstbediente hiemit angewiesen, das Wild vorzüglich in den Theilen ihres Reviers wegzuschießen, wo dessen Austritt auf die Ländereien besonders statt zu finden pflegt.

Auch ist die Winterfütterung des Wildes und sind die Salzlecken in möglichster Entfernung von den, an die Forsten stoßenden, Aeckern vorzunehmen und anzulegen.

Endlich wird die, wegen des Schwarzwildes bereits erlassene Verfügung hiemit erneuert und sämtliche Herzogl. Forstbedienten nochmals angewiesen, dasselbe in allen Gegenden, ohne Rücksicht auf Alter, Geschlecht und Jahreszeit wegzuschießen und so viel thunlich auszurotten.

## §. 10.

Wollen die Privatinhaber hoher Jagden sich, durch die Befolgung der obstehenden Maaßregeln, gegen Ansprüche, auf Vergütung der Wildschäden sichern, so bleibt ihnen solches nicht nur nachgelassen, sondern sie sind auch ermächtigt, die öffentliche Bekanntmachung des alljährlichen

Verhältnisses des Wildbestandes zu der erlegten Stückzahl (§. 3. bis 6.) durch die Kreisämter auszuwirken, sofern sie obige Vorschriften genau befolgt zu haben diesen nachweisen.

### §. 11.

Die bestandene Ordnung wegen der Hegezeit wird hinsichtlich des Schwarzwildes, wie für Unsere Herzogl. Jagdreviere geschehen ist (§. 9.), auch für die Privatjagden Kraft dieses aufgehoben.

## Zweiter Abschnitt.

Von den Mitteln zur Abwendung der Wildschäden.

### §. 12.

Die natürliche Berechtigung der Besitzer dem Jagdrecht eines Andern unterworfenen Grundstücke, diese gegen die Beschädigungen des Wildes zu schützen, darf nur in der Maasse geübt werden, daß das Jagdrecht dadurch nicht beeinträchtigt wird.

### §. 13.

Es ist also jedem solchen Grundinhaber verboten, sich zur Abwehr des Wildes der Jagdhunde und Schießgewehre zu bedienen.

### §. 14.

Dagegen ist erlaubt, sofern der Ausübung bestehender Dienstbarkeiten und anderer Verpflichtungen ein Hinderniß dadurch nicht in den Weg gelegt wird, die Grundstücke mit Befriedigungen einzufassen; wie auch, in deren Ermangelung, von denselben, das Wild durch aufgestellte Schreckbilder, lärmende Instrumente, gemeine Haushunde, ja mittelst angezündeten Feuern, unter Beobachtung der nöthigen Vorsichtsmaßregeln, abzuhalten.

### §. 15.

Wegen des bedeutenden Schadens, welcher durch die Vermehrung der wilden Caninchen entstehen kann, ist einem Jeden die Ausrottung derselben auf seinem Grundstücke gestattet, vorausgesetzt, daß er über die Wahl und den Gebrauch der anzuwendenden Mittel mit dem betreffenden Jagdofficianten zuvor sich vereinbaren, und dessen Aufsicht dabei unterwerfen wird.

### §. 16.

Den Besitzern der, nicht mit der hohen Jagd berechtigten, Ritter- und Freigüter, so wie den Pacht-Inhabern der Herzogl. Cammer- und Kloster-, auch der größeren Privatgüter, kann von Unserer Herzogl. Cammer die hohe Jagd auf den Ländereien der Güter und der Feldmark, worin selbige belegen, zugleich mit dem Anstande an der Forst, unter Bedingungen zeitweise überlassen werden, welche gegen Mißbrauch in der Ausübung solcher Befugniß sichern. Ueber die Aufstellung dieser Bedingungen, so wie die Abschließung der einzelnen Verträge dieser Art, ist Unsere Genehmigung einzuholen.

### §. 17.

Auch können diejenigen Gemeinen, in deren Feldmark solche Güter belegen sind, an der dem Gutsinhaber eingegebenen Jagd Theil nehmen und dem darüber zu schließenden Vertrage in Verhältniß ihrer Grundstücke beitreten, sobald sie sich mit Jenem dahin vereinigen und unter der Bedingung, daß das Beschießen ihrer Grundstücke nur von eben denselben Jägern geschieht.

### §. 18.

Die Interessenten einer Feldmark, denen die hohe Jagd auf solche Weise nicht eingegeben ist, sind, um durch die ihnen obliegende Mitwirkung zum Schutze ihrer Feldfrüchte den etwa gegen den Jagdherrn zuständigen

Anspruch auf Vergütung der Wildschäden begründen zu können, verpflichtet, zur Beschützung ihrer dem Wildstraße ausgesetzten Ländereien einen oder den Umständen nach mehrere Wildhüter anzustellen. Den Besitzern oder Pächtern der in einer Gemeinde belegenen Ritter- oder Freigüter, wie auch Unserer Cammer- und Kloster-Güter, bleibt es überlassen, ob sie sich den übrigen Feldmark-Interessenten anschließen, oder aber besondere Wildhüter ansetzen wollen.

## §. 19.

Obwohl hiernach die Verpflichtung zur Haltung der Wildhüter nur beziehungsweise statt findet, und die Gemeinden dazu nicht angehalten werden können, wenn sie den aus der Unterlassung dieser Maaßregel für sie erwachsenden Nachtheil übernehmen wollen; so sollen dennoch, wenn die Umstände solches besonders räthlich machen, die Kreisämter die betreffende Gemeinde zusammenberufen, derselben zweckmäßigen Vorhalt thun und einen Beschluß veranlassen. Bei dieser Berathschlagung entscheidet schon die Stimmengleichheit für die Haltung von Wildhütern; auch bleibt es der überstimmten Minderzahl unbenommen, für sich und ihre Felder Wildhüter anzustellen.

Diejenige Gemeinde, welche einer solchen Vorstellung ungeachtet die Anstellung von Wildhütern verweigert, ist des Anspruchs auf Erlass an öffentlichen und gütsherrlichen Abgaben wegen an ihren Feldfrüchten erlittenen Wildschadens verlustig.

## §. 20.

Diejenigen Feldmarksgenossen, welche Wildhüter halten wollen, haben durch den Gemeinde-Vorsteher vor Michaelis jeden Jahres dem Revierförster die Anzeige machen zu lassen, daß und wie viele Wildhüter sie für das nächste Jahr anstellen und wie sie solche lohnen wollen, zugleich auch die dazu ersenen Männer zu bezeichnen.

Sollen die bereits früher ordnungsmäßig bestellt gewesenen Wildhüter auch für das folgende Jahr beibehalten werden, so bedarf es gleichfalls einer solchen Anzeige darüber. Dieselbe ist schriftlich einzugeben, oder doch vom Revierförster über deren mündlichen Vortrag eine Registratur aufzunehmen. Erfolgt diese Anzeige nicht bis Michaelis, so ist anzunehmen, daß die Interessenschaft keine Wildhüter halten wolle, und hat der Revierförster, sofern er von der Nothwendigkeit oder Nützlichkeit jener Maaßregel überzeugt ist, solches dem Kreisamte zu eröffnen, um die im vorigen §. gedachte Bedeutung der Gemeinde zu veranlassen.

## §. 21.

Auf die von dem Ortsvorsteher dem Revierförster gemachte Anzeige (§. 20.) kann dieser die nöthig erachteten Einwendungen gegen die Zahl der anzustellenden Wildhüter, deren Tauglichkeit und die Zulänglichkeit des ihnen zugedachten Lohns machen und ist, wenn darüber zwischen dem Revierförster und den Interessenten eine Vereinbarung statt findet, vom Erstern die schriftliche, die Einbarung statt findet, vom Erstern die schriftliche, die Punkte der Uebereinkunft enthaltende und vom Ortsvorsteher mit zu unterschreibende Anzeige dem Kreisamte zuzustellen, im entgegengesetzten Falle aber über die streitigen Punkte ein Protokoll aufzusetzen, solches vom Ortsvorsteher unterschreiben zu lassen und an den Oberförster einzusenden, welcher solches mit seinem Gutachten begleitet dem Oberhauptmann vorzulegen hat.

## §. 22.

Der letztere entscheidet über die Differenz und bestimmt, falls gegen dessen Ausspruch die zulässige Vorstellung an Unsere Herzogl. Cammer ergriffen werden sollte, inwiefern solcher Ausspruch wegen Gefahr beim Verzuge vorläufig in Vollziehung zu bringen sein wird. Von der endlichen, so wie von der bloß provisorischen

Entscheidung hat der Oberhauptmann sofort dem Kreisamte Kenntniß zu geben, damit dasselbe sie in Vollziehung bringt.

### §. 23.

Das Kreisamt hat, auf den Grund der ihm so zu gehenden Anzeige (§. 21. und 22.), die Wildhüter binnen 8 Tagen, in Gegenwart des Revierförsters und des Ortsvorstehers, zu dem übernommenen Dienste zu verpflichten und denselben eine, von der Forstbehörde entworfene und von Unserer Herzogl. Cammer genehmigte Instruction zuzustellen.

Ueber die genaue Befolgung dieser Instruction haben die Forst-Officianten zu wachen und Contraventionen zur Untersuchung bei Herzogl. Kreisamte zur Anzeige zu bringen. Eine solche Anzeige bewirkt die Berufung auf den geleisteten Dienst die den Frewilligen zugestandene Beweiskraft, unter Vorbehalt des Gegenbeweises.

### §. 24.

Die Wildhüter sind befugt, sich der im §. 14. erwähnten Mittel und blindgeladener Pistolen zur Verschönerung des Wildes zu bedienen.

### §. 25.

Werden dieselben betreten, außer dem Pulver noch Kugeln oder Schrot bei sich zu führen, so verfallen sie in eine bis zu achttägigem Gefängnisse zu schärfende Strafe. Bei wirklich begangenen Jagdfreveln wird von ihnen, neben der nach den §. §. 147., 148 und 150. des Straf-Directoriums zu erkennenden Strafe noch die Entsetzung des Hüterdienstes verwirkt.

### §. 26.

Das hier verordnete Verfahren über die Anstellung von Wildhütern u. s. w. (§. 18—25) findet auch auf diejenigen Anwendung, deren Grundstücke in Privatjagdrevieren belegen sind, und ist sodann, was wegen Unserer

Herzogl. Revierförster bestimmt worden, von den Privatförstern zu verstehen. Die Concurrenz der Oberförster, Oberhauptleute und Kreisämter, so wie Unserer Herzogl. Cammer (§. 21—23) tritt aber hier in gleicher Maasse ein.

### §. 27.

Wenn die Wildhüter das Austreten des Wildes durch alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel nicht verhindern können, so sind sie verpflichtet, dem Revierförster oder betreffenden Privatförster davon Anzeige zu machen, welcher sodann sofort und spätestens binnen drei Tagen auf das in den Vorhölzern befindliche Wild Jagd zu machen, auch nach Umständen ein Treibjagen anzustellen hat.

### §. 28.

Zu einem solchen Treibjagen hat die Gemeinde, aus welcher die Anzeige gemacht ist, auf Erfordern die nöthigen Treiber zu bestellen und bei deren Zurückbleiben den Lohn für die an deren Statt vom Forstbedienten gedungenen Treiber zu bezahlen. Wie Wir nun zu dem Forstbedienten das Vertrauen hegen, daß derselbe bei Anforderung der Treiber jede Bedrückung Unserer Unterthanen möglichst vermeiden werde, so soll auch der bedungene Lohn stellvertretender Treiber durch das Kreisamt ohne Anstand beigetrieben werden.

### §. 29.

Da das Schwarzwild nicht nur nicht geheget, sondern möglichst ausgerottet werden soll (§. 9.), Wir aber zu Unserm besondern Mißfallen vernehmen müssen, daß die solcherhalb seit mehreren Jahren erlassenen Verfügungen den beabsichtigten Erfolg nicht gehabt haben, vielmehr die fortschreitend verbesserte Cultur der Forsten, zumal im Harz- und Weser-District, bei dem daselbst aus den angrenzenden Landen wechselnden Wilde, besorgen lassen, daß der Bestand dieses vorzüglich nachtheiligen Wildes statt abzunehmen, sich vermehren und immer

schwerer von den Feldern abzuhalten sein werde; so ist von den betreffenden Forstbedienten alles Ernstes zur Erreichung Unserer Landesväterlichen Absicht mitzuwirken.

## §. 30.

Zu diesem Ende hat jeder Revierforstbediente, sobald sich Schwarzwild in größerer Anzahl zeigt, dem Oberförster solches anzugeben und dieser sodann, wie auch auf ihm von Seiten Unserer Unterthanen gemachte Anzeige, sofort und spätestens binnen drei Tagen mit Zuziehung mehrerer Förster ein Treibjagen anzustellen. Unterbleibt solches, oder sollte sogar sich ergeben, daß der Zweck eines solchen angestellten Jagens absichtlich oder durch grobe Fahrlässigkeit vereitelt worden ist, so hat, auf vorgängige durch Unsere Herzogl. Cammer zu veranlassende Untersuchung, der betreffende Forstbediente eine Disciplinarstrafe von 10 bis 20  $\text{R}$  vermerkt und den etwa zum Treiben aufgegebenen Diensten Entschädigung zu leisten.

## §. 31.

Außerdem hat Unsere Herzogl. Cammer in denjenigen Gegenden des Landes, wo dennoch die fortschreitende Verminderung des Schwarzwildes Hindernisse findet, den Gütsbesitzern und Pächtern, ja selbst den, den Wildschäden vorzüglich ausgefekten Gemeinden nachzulassen, durch dazu bestimmte Schützen auf ihren Feldern, Wiesen und Gärten das Schwarzwild zu erlegen und ist das so gefällte Wild, als Entschädigung für die Haltung des Schützen dem Grundinhaber unentgeltlich zuzustehen.

## §. 32.

Damit jedoch dieses zu einem Mißbrauche nicht führen könne, ist über die Ernennung eines solchen Schützen dasselbe Verfahren zu beobachten, was oben in Beziehung auf die Wildhüter verordnet worden ist (§. 20—22), und sollen wegen dessen Bestrafung, falls er die Gelegenheit zur Erlegung von Roth-, oder überhaupt andern

Wild mißbrauchen sollte, die Bestimmungen des §. 25. Anwendung finden.

## §. 33.

Wenn die oben (§. 12—28) verordneten Maaßregeln nicht wirksam befunden werden sollten, so ist Unsere Herzogl. Cammer ermächtigt, zumal auf denjenigen Feldmarken, welche dem Andrang des aus den Nachbarstaaten wechselnden Wildes, oder aus andern Gründen dem Wildfraße vorzüglich ausgefekt sind, die Anstellung von Flurschützen statt der Wildhüter zu gestatten. Auch können die Feldmarksgenossen diese Erlaubniß verlangen, sobald, ungeachtet der nach §. 27. angestellten Jagden, die Wildhüter das Austreten des Wildes nicht verhindern können und hienach ein Wildschaden geschehen ist, welcher zu dem im §. 41. Nr. 3. bestimmten Theile der Früchte geschätzt wird.

## §. 34.

Ein hierauf von den Interessenten zu richtender Antrag ist bei dem Herzoglichen Kreisamte vorzubringen, welches durch summarische Untersuchung die im vorhergehenden §. erwähnten Umstände, unter Zuziehung des Revierförsters, des Ortsvorstehers oder Gutsinhabers, endlich der Wildhüter, aufzuklären und über das Resultat an den Oberhauptmann zu berichten hat. Dieser legt den Bericht und Akten mit seinem Gutachten begleitet an Unsere Herzogliche Cammer ein; worauf diese über die Anstellung von Flurschützen entscheidet und durch den Oberhauptmann das Herzogl. Kreisamt und die nachsichenden Interessenten in Kenntniß setzt.

## §. 35.

Das Herzogl. Kreisamt hat hierauf über die Wahl der zu Flurschützen anzustellenden Personen, indem dazu nur durchaus zuverlässige und des Gebrauchs der Schießgewehre kundige Männer genommen werden können, und

über den denselben auszusetzenden Lohn, die Erklärung der Interessenten zu verlangen und selbige mit den darüber zu vernehmenden Revierförsterbedienten zu vereinbaren bemühet zu sein, in Entstehung eines Einverständnisses aber, die beiderseitigen Erklärungen durch den Oberhauptmann, damit dieser sein Gutachten beifüge, an Unsere Herzogl. Cammer zur Entscheidung gelangen zu lassen.

## §. 36.

Die durch Uebereinkunft oder Bestätigung Unserer Herzoglichen Cammer ernannten Flurschützen, welche jedesmal nur für ein Jahr bestellt werden können, sind von dem Kreisamte eidlich zu verpflichten und auf eine, von dem Oberförster entworfene, mit der Genehmigung Unserer Herzogl. Cammer versehene, Instruction zu verweisen.

Es ist denselben Kraft solcher nur nachzulassen, daß auf die ihrem Beschuß anvertrauten Grundstücke austretende Roth- und Schwarzwild zu erlegen, allein das Schießen andern Wildprets zu untersagen; auch sind sie zu verpflichten, das erlegte Rothwild sofort dem Revierförster abzuliefern, welcher das Schießgeld dem Schützen, die Laxe aber dem Ortsvorsteher oder betreffenden einzelnen Interessenten zu bezahlen hat. In Ansehung des Schwarzwilds hängt es von der bei Anstellung des Flurschützen getroffenen Vereinbarung ab, ob dasselbe unter gleichen Bedingungen abgeliefert, oder aber, wie in dem Falle des §. 31. ohne Vorbehalt dem Interessenten überlassen bleiben soll.

## §. 37.

Den Flurschützen ist nicht gestattet, über das von ihnen erlegte Wild auf eine andere, wie die eben erwähnte Weise zu verfügen, und ist jede Verheimlichung oder Unterschlagung des Wildprets, wie andere Ueber-

schreitungen ihrer Instruction, als Jagdsrevel und außerdem mit Dienstentsetzung zu bestrafen.

## §. 38.

Am Schlusse des Jahres hat der Revierförster eine Nachweisung des nach Maafgabe des §. 36. von den Flurschützen abgelieferten Wildprets und der dafür geleisteten Zahlungen anzufertigen und den Ortsvorstehern oder betreffenden einzelnen Interessenten zuzustellen, damit selbige zur Controle der Einnahme und zum Belag der Gemeine-Rechnung dienen könne. Diese Einnahme ist besonders zu berechnen und zunächst auf die Löhnung der Flurschützen, der Ueberschuß aber zur Vergütung des in der Feldmark vorgefallenen Wildschadens in Anrechnung zu bringen.

## Dritter Abschnitt.

Von der Verbindlichkeit zur Vergütung der Wildschäden.

## §. 39.

Diejenigen Wildschäden, welche eine unvermeidliche Folge des bestehenden Jagdrechts sind, können einen Anspruch auf Vergütung nicht begründen; es findet vielmehr ein solcher nur statt, wenn von Seiten des Jagdherrn ein Mißbrauch in der Hegung des Wildes oder eine Vernachlässigung der zum Schuß der Feldfrüchte erlassenen gesetzlichen Bestimmungen eingetreten ist.

## §. 40.

Ein erweislicher Wildschaden kann also den Anspruch auf Vergütung gegen den Jagdherrn begründen, wenn der Normal-Wildstand nicht gehörig bestimmt und die gegen dessen Ueberschreitung verordneten Maafregeln nicht befolgt sind (§. 2—9, wenn in den Fällen der §. §. 27. und 30. die verordnete Jagd nicht oder nicht gehörig

gehalten sein sollte; wenn der begründete Antrag um Anstellung von Flurschützen (§. 33.) unberücksichtigt gelassen ist. Nicht aber kann eine Verbindlichkeit zum Schadenersatz aus der Größe der Beschädigung, aus einer den Normal-Wildbestand übersteigenden Stückzahl Rothwildes, oder aus dem Austreten von Schwarzwild, welches nur allmählig auszurotten steht, allein und an und für sich gefolgert werden.

#### §. 41.

Unter diesen Voraussetzungen kommt nur in Betracht der Wildschaden,

- 1) welcher von Roth- oder Schwarzwilde verursacht ist, nicht aber derjenige, den Rehe oder anderes Wild etwa zufügen mögten;
- 2) welcher auf Aekern, Wiesen und im freien Felde belegenen, nicht aber im Walde, oder in den Gehöften und neben denselben liegenden Gärten geschehen ist; endlich
- 3) derjenige, welcher bei Grundstücken, die von der Forst an mehreren Seiten begrenzt werden, mehr als ein Viertel, bei solchen, die mit einer Seite an den Wald stoßen, mehr als ein Sechstheil und bei denen, die von der Forst überall nicht berührt werden, mehr als ein Achttheil des davon zu erwartenden Ertrages ausmacht.

#### §. 42.

Der nach den vorstehenden Bestimmungen begründete Anspruch fällt hinweg

- 1) bei denen, welche nach §. 16. und 17. die hohe Jagd zeitweise überlassen erhalten haben;
- 2) für diejenigen, welche die ihnen obliegende Mitwirkung zur Abwendung der Wildschäden (§. 18. 19. und 27.) unterlassen;
- 3) wenn die Wildhüter, der den Forstbedienten über-

tragenen Aufsicht und Zurechtweisung ungeachtet, ihren Dienst um die Zeit der Beschädigung vernachlässigt, oder die ihnen gegebenen Instructionen nicht befolgt haben;

- 4) wenn abgelegene oder von der Forst umgebene Grundstücke, welche den bestellten Wildhütern nicht zur Beschützung übergeben worden, ohne Befriedigung oder genügsame Obhut gelassen sind;
- 5) wenn der Jagdherr die Anstellung von Flurschützen nach §. 33. flg. gestattet hat, selbst wenn die Feldmarktsinteressenten davon Gebrauch zu machen unterlassen haben sollten; endlich
- 6) wenn die Beschädigten den Wildschaden auf die im folgenden Abschnitte bestimmte Weise nicht haben abschätzen lassen, noch ihre Ansprüche binnen der verordneten Zeit verfolgt haben.

### Vierter Abschnitt.

#### Von der Abschätzung der Wildschäden.

#### §. 43.

Die Wildschäden, für welche Vergütung soll verlangt werden können, sind auf folgende Weise auszumitteln.

In einem jeden Bezirke sind zu deren Abschätzung, durch den Oberhauptmann, zwei oder nach Umständen mehrere zuverlässige und ihrer Lage nach unpartheische Landwirthse zu bezeichnen, welche, falls Unsere Herzogl. Cammer gegen deren Ernennung keine, zu Unserer Entscheidung vorbehaltene, Einwendungen macht, mit einer von letztgenannter Behörde zu entwerfenden Instruction versehen und vor dem betreffenden Kreisamte zu solchem Geschäfte und der gewissenhaften Beobachtung der ertheilten Instruction beedigt werden sollen.

## §. 44.

Derjenige, welcher an seinen Früchten Wildschaden erlitten hat, und nach den vorstehenden Bestimmungen dafür Ersatz fordern zu können vermeint, hat binnen den nächsten drei Tagen, nachdem er davon Kenntniß erhalten, den Schaden und das Verlangen, solchen abgeschätzt zu bekommen, unter genauer Bezeichnung des beschädigten Grundstücks dem Kreisamte anzuzeigen; worauf dieses binnen andern drei Tagen einen Termin zur Besichtigung und Abschätzung ansetzen und dazu einen, oder nach Umständen zwei der ernannten Schätzungs-Commissarien, so wie den Revierforstbedienten, den Beschädigten und den Wildhüter vorladen lassen muß.

## §. 45.

Dieser Termin ist in der Regel von dem Beamten selbst zu besorgen und nur ausnahmsweise dem Actuar, dem Amtsvoigte jedoch bloß dann zu übertragen, wenn der Schaden Grundstücke von geringem Umfange betroffen hat. Dagegen ist die Zuziehung des Wildhüters und des Revierförsters, welcher sich jedoch durch einen andern Forstbedienten vertreten lassen kann, wesentlich erforderlich.

## §. 46.

Findet diese Abschätzung innerhalb vier Wochen vor der Erndte statt, so bedarf es deren Wiederholung nicht; sonst aber wird, zur Begründung des Entschädigungs-Anspruches, eine nochmalige, binnen solcher vier Wochen und möglichst kurz vor der Erndte anzustellende, Taxation erfordert, welche auf gleiche Weise, wie die erste, und nur auf den Antrag des Beschädigten, dessen Stillschweigen für die Zurücknahme des Anspruches gilt, vorzunehmen ist.

## §. 47.

Ergiebt sich bei dieser wiederholten Besichtigung,

daß der früher wahrgenommene Schaden durch den Nachwuchs ersetzt, oder unter das im §. 41. Nr. 3. bestimmten Maaß vermindert worden ist, so ist solches ohne specielle Taxe zu registriren, sonst aber der Schaden nochmals abzuschätzen.

## §. 48.

Da die nach dem Wildschaden durch Hagelschlag, Wasserfluth oder andere Naturereignisse eingetretene Beschädigung kein Gegenstand des hier in Frage kommenden Ersatzes ist, so muß darauf bei der zweiten Taxation Rücksicht genommen werden.

## §. 49.

Nach Beendigung des Abschätzungsverfahrens hat das Kreisamt die aufgenommenen Protokolle und Taxen, wenn die Entschädigungsforderung gegen Unsere Herzogl. Cammer gerichtet ist, dieser einzuschicken, welche nach Umständen eine nähere Untersuchung über die Ursachen des Wildschadens anstellen und über dessen Ersatz Unsern Entschluß durch Berichterstattung einholen muß. Betrifft der Anspruch einen Privatjagdherrn, so sind die Protokolle demselben zur Einsicht vorzulegen.

## §. 50.

Wird hierauf von Seiten des Jagdherrn die Vergütung abgelehnt, so bleibt es den Beschädigten überlassen, seine Ansprüche im Wege Rechts zu verfolgen; es muß dieses jedoch und zwar bei Verlust des Klage-rechts, innerhalb eines Jahrs von Zeit der dem Beschädigten zugegangenen abschlägigen Erklärung geschehen.

## §. 51.

Die Kosten der Besichtigung und Abschätzung sind von dem Beschädigten zu tragen, und kann deren Erstattung nur dann vom Jagdherrn verlangt werden, wenn dieser zur Vergütung des Wildschadens verpflichtet gefunden wird.



## §. 52.

Ist das beschädigte Grundstück zehntpflichtig, so gebührt dem Zehntherrn die dessen Recht entsprechende Quote der zu leistenden Entschädigung. Es kann jedoch derselbe nicht für sich allein den Anspruch darauf gegen den Tagdherrn verfolgen.

## §. 53.

Wenn der beschädigte Acker meierpflichtig ist, so kommt bei Ausmittelung einer nachgesuchten Remission der Betrag der erlangten Wildschadenvergütung in Berechnung.

## §. 54.

Das Verfahren in allen die Wildschäden betreffenden Angelegenheiten ist Stempel- und sportelfrei mit Ausnahme des darüber statt findenden processualischen Verfahrens.

Sämmtliche Behörden und alle diejenigen, welche es betrifft, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und begedruckten Herzogl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 16ten September 1827.

Carl, H.



von Bülow.

## Verordnungs-Sammlung.

N<sup>o</sup> 19. ✓

Braunschweig, den 16. October 1827.

- (24.) Circular-Rescript an sämmtliche Herzogl. Districtsgerichte, Stadtgerichte und Kreisämter, das bei Anlegung neuer Mühlen gesetzlich vorgeschriebene Provocations-Verfahren betreffend. D. D. Braunschweig, den 1sten October 1827.

Carl, Herzog rc.

Es sind hin und wieder Zweifel darüber erhoben worden, ob bei der beabsichtigten Anlegung neuer Mühlen, oder eines neuen Mahlganges, das gesetzlich vorgeschriebene Provocations-Verfahren von den Herzogl. Kreisämtern oder aber von den Herzogl. Districtsgerichten vorzunehmen sei? Wie es nun erforderlich ist, daß hierunter nach gleichen Grundsätzen verfahren werde, so geben Wir sämmtlichen Herzogl. Districtsgerichten, Stadtgerichten und Kreisämtern zu ihrer Nachachtung hiedurch zu erkennen:

- 1) Das bei beabsichtigten neuen Mühlenanlagen gesetzlich vorgeschriebene Provocations-Verfahren ist re-

gelmäßig von dem betreffenden Stadtgerichte oder Kreisamte vorzunehmen, welches denn auch in gleicher Maße so befugt, als verpflichtet ist, nach Möglichkeit dahin zu streben, daß die angemeldeten Widersprüche durch einen Vergleich zwischen dem Provacanten und dem Provocaten beseitiget werden.

- 2) Wenn aber dieser Sühne-Versuch nicht das beabsichtigte Resultat herbeiführen sollte, so hat das Stadtgericht oder Kreisamt die Acten dem competenten Districtsgerichte einzusenden, welchem sodann das weitere Verfahren und der Rechtspruch zu überlassen ist.

Braunschweig, den 1sten October 1827.

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Bülow.

von Münchhausen.

# Verordnungs-Sammlung.

N<sup>o</sup> 20.

---

Braunschweig, den 26. October 1827.

---

(25.) Verordnung, die mit der Königl. Preuß. Regierung wegen des Bücher-Nachdrucks beschlossenen Strafbestimmungen betreffend. D. D. Braunschweig, den 15ten October 1827.

**Wir Carl**, von Gottes Gnaden souverainer Herzog zu Braunschweig und Lüneburg 2c.

fügen hiemit zu wissen:

Demnach mit der Königlich Preussischen Regierung wegen gegenseitiger Sicherstellung der einheimischen Schriftsteller und Verleger wider den Bücher-Nachdruck eine Vereinbarung getroffen, in deren Gemäßheit mit Vorbehalt der in Folge des Art. 18 der deutschen Bundes-Acte noch zu erwartenden allgemeinen Maßregeln zur Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Bücher-Nachdruck, in Unsern Landen vorläufig eine ausdrückliche Bestimmung, wonach der Bücher-Nachdruck und dessen Verbreitung mit Confiscation und einer Geldbuße von Zehn Thalern zu bestrafen ist, zum Schutze der

Schriftsteller und Verleger der Preussischen Monarchie in Anwendung gebracht werden soll; und dagegen das Verbot wider den Bücher-Nachdruck, so wie solches bereits im ganzen Bereiche der Preussischen Monarchie zum Schutze der inländischen Schriftsteller und Verleger, nach den in den einzelnen Provinzen geltenden Gesetzen besteht, auch auf die Schriftsteller und Verleger Unserer Lande Anwendung finden und mithin jeder durch Nachdruck oder dessen Verbreitung begangene Frevel gegen Leßtern, nach denselben gesetzlichen Vorschriften beurtheilt und geahndet werden soll, als handelte es sich von beeinträchtigten Schriftstellern und Verlegern in den Preussischen Staaten;

und da die Vorschriften dieser Vereinbarung vom 1sten December d. J. in Kraft treten sollen; so lassen Wir dieselben zur gebührenden Nachachtung hiemit bekannt werden.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 15ten October 1827.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Bülow.

von Münchhausen.

# Verordnungs-Sammlung.

## N<sup>o</sup> 21. ✓

---

Braunschweig, den 16. November 1827.

---

- (26.) Verordnung, die Declaration resp. Ergänzung des Accise-Tarifs vom 3ten Februar 1815 hinsichtlich der Accise für das nach den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel von auswärts eingeführte Mehl und Schroot und der Besteuerung des Spiritus vini betreffend. D. D. Braunschweig, den 2ten November 1827.

**Wir** Carl, von Gottes Gnaden souverainer Herzog zu Braunschweig und Lüneburg etc.

fügen hiemit zu wissen:

Nachdem zur Anzeige gekommen, daß bei den Gerichten Unserer Lande eine Verschiedenheit der Ansichten darüber obwaltet, ob der im §. 12. des Accise-Tarifs vom 3ten Februar 1815 für das, von auswärts her in die Städte Braunschweig und Wolfenbüttel eingeführte Mehl und Schroot vorgeschriebene Accisesatz auch auf das von inländischem Getraide und auf inländischen Mühlen fabricirte und nach den genannten Städten eingebrachte Mehl und Schroot seine Anwendung finde, und es denn

erforderlich ist, daß hierunter nach gleichen Grundsätzen verfahren werde, so declariren Wir den Accise-Tarif vom 3ten Februar 1815 hiemit dahin, daß der, darin §. 12. vorgeschriebene Accisesatz für ausländisches Mehl und Schroot, hinsichtlich der Städte Braunschweig und Wolfenbüttel auch auf das von inländischem Getraide und auf inländischen Mühlen fabricirte und nach den gedachten Städten eingebrachte Mehl und Schroot zu beziehen und von demselben zu erlegen sei.

Da der erwähnte Tarif auch keinen Accisesatz für den vom Auslande eingehenden Spiritus vini enthält, so wollen Wir Erstem hiemit dahin ergänzen, daß solche Accise, gleich der für den Rum bestehenden, mit 10  $\mathcal{R}$  8  $\mathcal{S}$  pro Stübchen zu erlegen sei.

Die betreffenden Behörden und jeder Einzelne, welchen es angeht, haben sich nach den Bestimmungen obiger Verordnung genau zu achten.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 2ten November 1827.

Carl, H. (L. S.)

von Bülow.

# Verordnungs-Sammlung.

N<sup>o</sup> 22. ✓

---

Braunschweig, den 23. November 1827.

---

(27.) Verordnung, die Anmeldung und Eintragung der Fideicommissse betreffend. D. D. Braunschweig, den 12ten November 1827.

**Wir** Carl, von Gottes Gnaden souverainer Herzog zu Braunschweig und Lüneburg ꝛc.

fügen hiemit zu wissen:

Demnach bei der gegenwärtig bestehenden Gerichtsverfassung Zweifel darüber erhoben worden, bei welchem Gerichte die fideicommissarische Qualität derjenigen Güter und Capitalien anzumelden sei, zu deren Anmeldung die Interessenten nach der Verordnung vom 1sten December 1758 verpflichtet sind, und es daher nothwendig erscheint, rücksichtlich dieses Gegenstandes eine allgemeine Bestimmung zu erlassen, so bestimmen und verordnen Wir hierdurch Folgendes:

## §. 1.

Alle diejenigen, welche nach der obgedachten Verordnung vom 1sten December 1758 verbunden sind, die mit einem Fideicommiss beschwerten Güter oder Capitalien Behuf dessen gerichtlicher Eintragung anzumelden, haben solches binnen der bereits vorgeschriebenen Frist von drei Monaten unter Production der correspondirenden Verträge, Testamente u. s. w. bei demjenigen Stadtgerichte oder Kreisamte, unter welchem die Güter gelegen sind, oder in welchem die Capitalien ausstehen, zu bewerkstelligen.

## §. 2.

Das betreffende Stadtgericht oder Kreisamt ist verpflichtet, dem Fideicommiss-Interessenten über die geschehene Anmeldung und, daß er solcher Gestalt seiner Verpflichtung Genüge geleistet habe, eine Bescheinigung zu ertheilen.

## §. 3.

Die auf solche Weise angemeldeten Fideicommiss sollen unter specieller Bezugnahme auf die producirten Urkunden von den betreffenden Stadtgerichten oder Kreisämtern in besondere, für diesen Zweck zuzulegende Gerichtsbücher eingetragen werden.

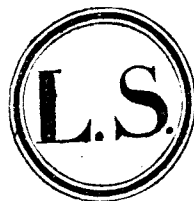
## §. 4.

Spätestens vier Wochen nach geschehener Anmeldung hat das betreffende Stadtgericht oder Kreisamt dem competenten Districtsgerichte eine beglaubigte Abschrift der Eintragungs-Urkunde einzusenden, damit ohne Zeitverlust das zur Sicherstellung der Interessenten Erforderliche von dem hiezu verpflichteten Districtsgerichte in den Hypothekenbüchern notirt werde.

Die betreffenden Gerichtsbehörden und alle, die es angeht, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 12ten November 1827.



Auf Höchsten Special-Befehl.

von Bülow.

von Münchhausen.



# Verordnungs-Sammlung.

N<sup>o</sup> 23.

---

Braunschweig, den 4. December 1827.

---

(28.) Verordnung, die Bestrafung der gegen das in Ausübung seines Dienstes begriffene Polizei-Militair begangenen wörtlichen und thätlichen Beleidigungen betreffend. D. D. Braunschweig, den 19ten November 1827.

**Wir** Carl, von Gottes Gnaden souverainer Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.  
fügen hiemit zu wissen:

Obgleich bereits in der Verordnung vom 5ten Februar 1816 einzelne Bestimmungen vorhanden sind, welche die Sicherstellung des Polizei-Militairs bei Ausübung der demselben obliegenden Dienstverrichtungen bezwecken, so hat dennoch die Erfahrung gelehrt, daß solche nicht genügen, indem nicht selten Landwehrdragoner und Landwehrläger im Dienste wörtlich, ja thätlich injuriert und angegriffen worden. Wie es nun aber des allgemeinen Bestens wegen nothwendig erscheint, daß jede Belei-

gung und Widerseßlichkeit gegen das in Ausübung seines Dienstes begriffene Polizei-Militair strenge geahndet und sowohl für wörtliche Beleidigungen, in so fern sie zu den eigentlichen Injurien gehören, als auch für Thätlichkeiten die geringste Strafe festgesetzt werde, damit die Gerichte einen Maßstab haben, nach welchem sie die Bestrafung der bedeutendern Fälle ermäßigen können, so verordnen Wir hiemit, wie folgt:

## §. 1.

Jede wirkliche Schimpfrede gegen das in der Ausübung seines Dienstes begriffene Polizei-Militair soll mit achttägiger Gefängnißstrafe, ein gewaltsames alleiniges Handanlegen, Schieben, Hin- und Herreißen zc. eines Landwehr- Dragoners oder Jägers mit vierzehntägigem Gefängnisse, bei mehrerer Gewalt durch Schlagen und Stoßen mit den Händen, wenn keine Spuren zurückbleiben, mit einmonatlicher Zwangsarbeit, und, wenn solches mit Stöcken oder ähnlichen Werkzeugen geschieht, mit drei monatlicher Zwangsarbeit, als Strafe für die gelindesten Fälle der bezeichneten Art, geahndet werden.

## §. 2.

Die Strafe wird in demselben Verhältnisse erhöht,

als bei den zur Untersuchung gekommenen Vergehen erschwerende Umstände vorhanden sind.

## §. 3.

So wie es sich von selbst versteht, daß ungebührliche wörtliche Aeußerungen gegen das im Dienste begriffene Polizei-Militair, wenn solche einer wirklichen Injurie nicht gleich zu setzen, mit einer geringern Strafe, unter Umständen selbst nur mit einem Verweise, zu ahnden sind, so sollen die in gegenwärtiger Verordnung enthaltenen Strafbestimmungen überall nur dann ihre Anwendung finden, wenn von Seiten des Polizei-Militairs durch gesetzwidriges Benehmen zu den wörtlichen oder thätlichen Beleidigungen keine Veranlassung gegeben worden ist.

Sämmtliche gerichtliche Behörden, das Polizei-Militair und alle, welche es sonst angeht, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebrachten  
Herzogl. Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 19ten November 1827.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Bülow.

von Münchhausen.

(29.) Verordnung, die Aufhebung der Verordnung vom 6ten April 1778 wegen Bezahlung der Concurß-Kosten in der Stadt Braunschweig betreffend. D. D. Braunschweig, den 20sten November 1827.

**Wir Carl**, von Gottes Gnaden souveräner Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c. fügen hiemit zu wissen:

Demnach bei den rechtshängigen Concurß-Prozessen in Unserer Stadt Braunschweig die Concurßkosten bisher nach Anleitung der Verordnung vom 6ten April 1778 und in der Maße erhoben sind, daß den nach der Priorität zur Zahlung gekommenen Gläubigern im Verhältniß der ausgezahlten Summen die sämmtlichen Concurß-Kosten von den ad liquidum gebrachten Forderungen pro rata gekürzt worden, solches Verfahren aber, wie die Erfahrung gelehrt hat, nicht nur mit Inconvenienzen, sondern auch mit wirklicher Verletzung der den Gläubigern nach den Eigenschaften ihrer Forderungen gesetzlich zugesicherten Rechte verbunden ist, so finden Wir Uns veranlaßt, hiedurch zu verordnen, wie folgt:

§. 1.

Die Verordnung vom 6ten April 1778, die Be-

zahlung der Concurß-Kosten in der Stadt Braunschweig betreffend, wird damit aufgehoben und ihre Anwendbarkeit beschränkt sich nur noch auf die anjezt bereits rechtshängigen Concurß-Prozesse.

§. 2.

Bei allen und jeden Concurß-Prozessen, welche in Unserer Stadt Braunschweig nach Publication der gegenwärtigen Verordnung eröffnet werden, sollen, in Uebereinstimmung mit den Vorschriften des gemeinen Rechts und dem in den übrigen Landestheilen bisher beobachteten Verfahren, die Concurß-Kosten von der Concurß-Masse vor allen übrigen Forderungen vorweggenommen werden.

Die betreffenden Gerichtsbehörden und alle diejenigen, welche es angeht, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Fürstl. Geheimen-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 20sten November 1827.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Bülow.

von Münchhausen.

(30.) Circular-Rescript an sämtliche Herzogl. Stadtgerichte und Kreisämter, die allgemeine Anwendung der im C. VI. §. 8. der Braunschweigischen Untergerichts-Ordnung enthaltenen Vorschrift auf alle Rechtsachen, deren Object 20  $\mathfrak{C}$  und weniger beträgt. D. D. Braunschweig, den 24ten September 1827.

Carl, Herzog zc.

Da zur Anzeige gekommen ist, daß von einigen Herzogl. Stadtgerichten und Kreisämtern in den zu ihrer Competenz gehörigen Schuldklagen häufig Mandata cum clausula erlassen werden, welches denn eben so häufig eine schriftliche Verhandlung von Einreden zur Folge hat, solches Verfahren aber den Dispositionen der Verordnung vom 3ten Februar 1814. §. 2. keineswegs entspricht, auf der andern Seite indeß es zweckmäßig erscheint, zur Abkürzung der Procebur in diesen unbedeutenden Sachen die in dem Cap. VI. §. 8. der Braunschweigischen Untergerichtsordnung enthaltene Vorschrift zur allgemeinen Anwendung zu bringen, so werden sämtliche Herzogliche Stadtgerichte und Kreisämter hiedurch angewiesen, in allen denjenigen Rechtsachen, deren Object 20  $\mathfrak{S}$  und

weniger beträgt, in welchen nach den Grundsätzen des ältern Processes die Erlassung von bedingten Mandaten zulässig gewesen sein würde, die statt derselben gegenwärtig anzusetzenden Verhörstermine unter dem Präjudiz des Eingeständnisses der Klage zu präfigiren.

Braunschweig, den 24ten September 1827.

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Bülow.

von Münchhausen.



